

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Hans-Peter Becht: Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution.**

Düsseldorf: Droste Verlag, 2009 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), 933 S., 5 Abb., 14 Tab., ISBN: 978-3-7700-5297-4

Sigismund von Reitzenstein, Ludwig Georg Winter, Friedrich Landolin Karl von Blittersdorff, Karl Friedrich Nebenius, Johann Baptist Bekk, Karl Mathy und Julius Jolly sowie Karl von Rotteck, Karl Theodor Welcker, Karl Josef Anton Mittermaier, Friedrich Daniel Bassermann, Alexander von Soiron, Johann Adam von Itzstein und Friedrich Hecker – diese klangvollen Namen von Ministern, Regierungsverantwortlichen und Staatslenkern auf der einen und Parlamentariern, Oppositionspolitikern und „Volkshelden“ auf der anderen Seite waren für Zeitgenossen wie Historiker immer eng mit der politischen Entwicklung des Großherzogtums Baden in den ersten zwei Dritteln des 19. Jahrhunderts, von der Organisation des neugebildeten badischen Staates während der französischen Besatzungsherrschaft, der Verfassungsgebung im Anschluss an den Wiener Kongress bis hin zur badischen Neuen Ära und deutschen Reichsgründung, verbunden. Die genannten Akteure – die meisten von ihnen bereits zu Lebzeiten berühmt und zum Teil ziemlich populär, einzelne wegen ihres Regierungskurses berüchtigt, andere wiederum als „parlamentarische Helden“ und Ikonen des Landtags bewundert – stießen wie das Regierungssystem Badens und der badische Parlamentarismus schon bei den Zeitgenossen, aber auch später in der historischen Zunft „in bemerkenswerter Kontinuität“ auf ein „enorme(s) Interesse“. Gerade in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 wurde die Position vertreten, dass das politische System, das Landesparlament und die handelnden Personen „ein gutes halbes Jahrhundert badischer einzelstaatlicher Parlamentarismusgeschichte“ ausmachen, damit unmittelbar für die Geschichte der parlamentarischen Demokratie, ihre Entstehung, Entfaltung und Durchsetzung in Deutschland stehen und so auf einen wichtigen Strang innerhalb der deutschen demokratischen Traditionen verweisen (S. 11–12, 818 u. Klappentext).

Trotz des anhaltend großen Interesses in Öffentlichkeit und Wissenschaft und trotz der „Sonderstellung“, die die badische Zweite Kammer unter den deutschen Parlamenten des 19. Jahrhunderts einnahm, und zwar aufgrund ihrer Geschichte wie ihres literarisch-wissenschaftlichen Echos, sind die historiographischen Erträge letztlich doch sehr ungleichmäßig verteilt: Während die für das südwestdeutsche Großherzogtum recht ereignisreichen und durch spektakuläre Vorgänge gekennzeichneten Epochen des Vormärz und der Revolution von 1848/49 in den letzten 100 Jahren, insbesondere in Vor- und Nachbereitung des Revolutionsjubiläums von 1998, hinsichtlich einzelner Detailfragen als ganz gut, wenn auch keineswegs erschöpfend erforscht gelten können, desgleichen die 1860er Jahre und hier vor allem die Neue Ära in den Fokus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung geraten sind, so „fristen hingegen (die 1850er Jahre) in der historischen Forschung ein Schattendasein“ (S. 11). Zwar sind seit Leonhard Müllers mehrbändigen Werken zur badischen Landtagsgeschichte von 1900 bis 1905 etliche wegweisende Arbeiten erschienen, die sich aus Sicht der modernen Sozialgeschichte, der Ideen-, Verfassungs(rechts)- und Parteiengeschichte mit dem badischen Verfassungsleben, Regierungssystem, der Staatstheorie, dem Parlamentarismus und den politisch-religiösen Richtungen wie

dem Liberalismus, Demokratismus und Katholizismus beschäftigt haben<sup>1</sup>, und natürlich haben auch die jüngst veröffentlichten Biographien über die Protagonisten im Regierungs- und Oppositionslager zu einem verstärkten Erkenntnisgewinn beigetragen. Jedoch gibt es trotz der bedeutenden Stellung der badischen Landstände keine allgemeine Synthese, ist die Geschichte dieser frühparlamentarischen Institution bis heute nur unzureichend aufgearbeitet worden, und eine Untersuchung zur politisch-parlamentarischen Praxis oder eine „Gesamtdarstellung der inneren und äußeren Entwicklung der parlamentarischen Institutionen“ fehlen sogar völlig. Und so haben frühere Aussagen der Vormärzspezialisten und Revolutionsforscher Hans Boldt und Dieter Langewiesche aus den Jahren 1979 und 1994 über die damals unbefriedigende Forschungssituation zur Geschichte des deutschen Parlamentarismus und der badischen Revolution auch 20 bis 30 Jahre später, etwa mit Blick auf eine angemessene Berücksichtigung der Themenkomplexe „Parteien und Fraktionen“ und der institutionalisierten Revolution, namentlich der Landtags- und Vereinsgeschichte<sup>2</sup>, in Teilen „bis heute durchaus noch (ihre Berechtigung“ (S. 13-14 u. Klappentext).

An diesem Punkt setzt die monumentale Studie des Historikers und Leiters des Stadtarchivs Pforzheim Hans-Peter Becht von 2009 ein, der nach annähernd drei Jahrzehnten Beschäftigung mit dem Sujet nun die mannigfaltigen Ergebnisse seiner langjährigen Forschungsarbeit vorlegt, das heißt, in einer Art zusammenfassenden Gesamtschau die „Entwicklungsgeschichte des badischen Parlamentarismus in der Zeit von 1819 bis 1870“ (S. 818) nachzeichnet und dabei ganz generell „ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution“ beschreibt. Dieses Überblickswerk, das wegen seines im positiven Sinne alles sprengenden Umfangs, vielschichtigen Inhalts und der in ihm präsentierten innovativen Forschungserträge in der Tat Lehrbuchcharakter hat und als eigenständiger Band in der Handbuch-Reihe der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Berlin erschienen ist – wobei es den Standards der Reihe nicht nur folgte, sondern diese in herausragender Weise umsetzte – ging aus einem von der Fritz Thyssen Stiftung geförderten und am Historischen Institut der Universität Stuttgart angesiedelten Forschungsprojekt hervor.

Gestützt auf einen breiten Quellencorpus – der Bestände aus 16 Archiven, darunter das Bundesarchiv und Geheime Staatsarchiv Berlin, das Generallandesarchiv Karlsruhe und das Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, mit einbezieht und personengeschichtliche Hinterlassenschaften wie Korrespondenznachlässe, Briefsammlungen und Lebenserinnerungen ebenso wie zeitgenössische Publikationen, aber auch regionale und überregionale Presseerzeugnisse oder amtliches Schriftgut wie Gesetzsammlungen, Gesandtenberichte und die überlieferten Protokolle der beiden Kammern der badischen Ständeversammlung berücksichtigt – und gegründet auf ein beeindruckendes Fachwissen und die genaue Kenntnis einer weit verzweigten Literaturgrundlage (das Literaturverzeichnis umfasst allein

---

<sup>1</sup> Dazu: Leonhard Müller: Badische Landtagsgeschichte, 4 Bde., Berlin 1900-1902 u. ders.: Die politische Sturm- und Drangperiode Badens 1840-1850, 2 Teile, Mannheim 1905. Zur Geschichte des Großherzogtums Baden vgl. u. a.: Lothar Gall: Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968; Josef Becker: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860-1876, Mainz 1973; Paul Nolte: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Tradition – Radikalismus – Republik, Göttingen 1994.

<sup>2</sup> Vgl.: Hans Boldt: Die Stellung des Abgeordneten im historischen Wandel, in: Politik als Beruf? Das Abgeordnetenbild im historischen Wandel. Protokoll eines Seminars der deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen, Bonn 1979, S. 15-43, hier S. 17; Dieter Langewiesche: Die Revolution von 1847/49: Forschungsgegenstand und Forschungsdiskussion, in: 150 Jahre Deutsche Revolution. Ergebnisse des Offenburger Kolloquiums vom 8. Oktober 1993 bearb. von Hans-Joachim Fliedner, Michael Friedmann u. Wolfgang M. Gall, Offenburg 1994, S. 25-30, hier S. 27-28.

66 Seiten) verfolgt Becht in dem Werk das Ziel, einen „analytischen Blick ins Innere einer parlamentarischen Institution“ zu werfen. Zu diesem Zweck will er „die Ausbildung und Transformation politischer Parteien“ darlegen, ferner „die Leitfrage nach den Wandlungen im Verhältnis zwischen Parlament und Regierung“ klären und schließlich die handelnden Personen verstärkt in den Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses rücken, da der „kollektivbiographische Zugang zur Geschichte frühparlamentarischer Institutionen“ in der historischen Forschung nicht nur seine Vorzüge schon bewiesen habe, sondern „die Ermittlung von Fraktionsstärken, politischen Einstellungen, Wahlkampfkonstellationen und persönlichen Interessenlagen“ eigentlich erst ermögliche (S. 17–19).

Gemäß der Gesamtkonzeption der Reihe gliedert sich die vorliegende Studie in zwei Hauptteile, wobei die sechs Kapitel im ersten Teil systematisch angelegt sind und sich mit den Rahmenbedingungen des badischen Parlamentarismus, also mit dem politischen System Badens, seinen Grundlagen und deren Ausgestaltung beschäftigen. Hier werden zuerst die Vorgeschichte, Ziele und Resultate der neuen Verfassungsordnung von 1818 eingehend geschildert; sodann das Wahlrecht, die Wahlen und Wahlkämpfe erörtert; ferner wird auf die Organisation der Zweiten Kammer eingegangen, das heißt, ihre Geschäftsverfahren, Tagungsstätten, Kommissionen, die Landtagskosten und Abgeordnetendiäten werden ausführlich vorgestellt; auch die Kompetenzen und Gestaltungsspielräume des Landesparlamentes werden erläutert, und die Sozialgeschichte des Parlamentarismus kommt mit einer Analyse der gewählten Volksvertreter ebenfalls nicht zu kurz; abschließend wird noch die Entstehung der Gruppen, Fraktionen, Faktionen und Parteien im Großherzogtum, ihre Entwicklung und Wirkungsweise nachvollzogen sowie deren Stellung im politischen System genau austariert. Der zweite, wesentlich umfangreichere, chronologisch aufgebaute Teil, „das Herzstück“ der Darstellung (S. 18), widmet sich darauf in acht Kapiteln der Entwicklung von Gesellschaft, Parlament und Regierung im Untersuchungszeitraum; dort geht es vor allem um den Fortgang der badischen Politik zwischen monarchischem und demokratischem Prinzip und den Bedeutungszuwachs des Parlaments. Dabei werden die einzelnen Landtage seit 1819, die Regierungen und ihre leitenden Minister wie auch die politische Zusammensetzung der Zweiten Kammer, mithin die Regierungsanhänger, die Indifferenten, das Oppositionslager und damit Liberale und Demokraten, später National- und Linksliberale sowie die Ultramontanen und die Katholische Volkspartei behandelt. Aber es kommt auch das Geschehen aus sechs Jahrzehnten badischer Geschichte zur Sprache, zum Beispiel der innenpolitische Kurswechsel im Anschluss an die französische Julirevolution, das Ende des „Karlsruher Frühlings“ 1831/32, das „System Winter“ sowie die „Ära Blittersdorff“ und die Konfliktzeit von 1837 bis 1843; gründlich aufgearbeitet werden zudem der Weg in die Revolution 1848/49 über die Offenburger und Heppenheimers Versammlungen, die Februarrevolution und Märzministerien, bis hin zur badischen Republik, weiterhin die Reaktionszeit und Reformpolitik der 1850er Jahre mit der „erfolgreiche(n) Einübung des in der Verfassung vorgesehenen ‚Verhandlungsparlamentarismus‘“, der Liberalismus als „regierende ‚Einheitspartei‘“ in der Neuen Ära oder die Konfliktjahre unter den Regierungen Mathy und Jolly und den Beschlüssen des letzten Landtags des souveränen Großherzogtums vor der Reichsgründung (S. 398, 717, 734 u. 785).

Leider können in dieser Besprechung nicht alle wichtigen Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung aufgeführt werden. Interessant ist aber die Frage, was denn die badische Entwicklung gegenüber denen in anderen deutschen Einzel- und unmittelbaren Nachbarstaaten auszeichnete und ob es in „der Architektur des badischen politischen Systems Grundlagen für seine spätere Entwicklungsdynamik“ und den radikalen Veränderungsprozess gegeben hat, obwohl die süddeutschen Verfassungskonstruktionen eine prinzipielle Ähnlichkeit aufwiesen, das Regierungssystem in Baden kaum anders als in den übrigen süddeutschen Staaten war, und es „der badischen Zweiten Kammer keines-

wegs in die Wiege gelegt" war, zur „eigentlichen Schule des vormärzlichen Liberalismus" zu werden. Der Autor nennt vier Unterscheidungsmerkmale und „Besonderheiten", die für die badischen Verhältnisse charakteristisch waren: Da war zum ersten die badische Zweite Kammer, der das ständische Element fehlte, was sie in den Augen der Abgeordneten wie der Öffentlichkeit „von vornherein zur ‚Volkskammer'" machte, die trotz der Ungleichheiten im Wahlsystem ausschließlich aus gewählten Vertretern der Staatsbürger bestand und dem Gesamtwohl verpflichtet war. So galt die Zweite Kammer als „Inbegriff politischer Moderne" und fungierte „als Hoffnungsträgerin" für positive Veränderungen im Staatsgefüge. Dafür verantwortlich war die Konstruktion des badischen Zweikammersystems in der Verfassung, die den Vertretern des „dritten Standes" das gleiche politische Gewicht beimaß wie den Repräsentanten der anderen Stände, die sich in der Ersten Kammer versammelten (S. 50 u. 818–819). Ein weiteres Merkmal stellte zum zweiten die sogenannte, von der badischen Verfassung und Wahlordnung begünstigte Abgeordnetenmobilität dar. Da die Wählbarkeit als Abgeordneter weder an den Besitz des Ortsbürgerrechts noch an den Unterhalt eines Wohnsitzes im Wahlkreis gebunden war, konnten die Kammerabgeordneten überall im Land kandidieren und „prominente auswärtige Kammerpolitiker auch in entlegenen Bezirken" antreten. Diese Abgeordnetenmobilität schuf im Laufe der Zeit die Voraussetzungen für die Bildung eines „Führungszirkel(s)", deren Mitglieder „über ein hohes Maß an politischer Kompetenz" verfügten und die Bereitschaft mitbrachten, „die Politik zum Beruf zu machen". Gerade „Berufspolitiker" wie Itzstein, Hecker, Welcker, Bassermann und Mathy trugen dann dazu bei, „der badischen Entwicklung jene Dynamik zu verleihen, die schließlich in den Revolutionserignissen ihren Kulminationspunkt" hatte (S. 50, 72 u. 820). Ein wesentliches Merkmal, das Baden von anderen deutschen Staaten ebenfalls unterschied, war zum dritten die seit der Ära Winter weit fortgeschrittene Rechtsstaatlichkeit. Obwohl die Unabhängigkeit der Gerichte noch nicht gesetzlich festgeschrieben war, sicherte das badische Beamtenrecht den Richtern eine starke Position. Dies führte dazu, dass die badischen Gerichte im Vormärz auch bei politischen Strafverfahren strikt nach Gesetzeslage und nicht nach den Wünschen der Regierung urteilten. „Pseudolegale oder illegale Verfolgungsmaßnahmen" gab es in Baden im Gegensatz zu den anderen deutschen Staaten nicht (S. 821). Ein letztes Unterscheidungsmerkmal liegt zum vierten in der geographischen Nähe Badens zu Frankreich und der Schweiz begründet. Während aus Frankreich neue politische Ideen, aber auch substantielle Veränderungen oder revolutionäre Umbrüche schnell über die Grenze ins Großherzogtum kamen, bot sich die Schweiz als deutschsprachiges Land dafür an, im Deutschen Bund verbotene Schriften auf Schweizer Boden drucken zu lassen und nach Baden zu schmuggeln. Darüber hinaus bildeten die Schweiz und das Elsass nach dem Hambacher Fest und Frankfurter Wachensturm 1832/33 und der darauf veränderten Lage im Deutschen Bund wichtige Sammelpunkte deutscher politischer Exilanten und boten in den Revolutionsjahren 1848/49 zunächst Rückzugsräume für die Teilnehmer der badischen Aufstände und später nach der gescheiterten Revolution erste Anlaufstellen für Demokraten und Republikaner, die etwa in die Vereinigten Staaten von Amerika emigrieren wollten.

Dieses Buch, von einem ausgewiesenen Experten für die (südwest-)deutsche Landes-, Verfassungs- und Parlamentarismusgeschichte verfasst, wird sicherlich schon bald zu den viel benutzten Standardwerken zur Geschichte des Großherzogtums Baden im 19. Jahrhundert, zwischen Restauration und Reichsgründung, gehören, und es hat zudem durchaus das Format, um in einem Atemzug mit anderen Klassikern und zentralen Werken zur deutschen Parteien- und Parlamentarismusgeschichte wie den Arbeiten von Manfred Botzenhart, Hans Fenske, Thomas Nipperdey, Karl Rohe und Gerhard A. Ritter genannt zu werden. Denn es bietet Fachhistorikern, Liberalismusforschern wie an der Geschichte Badens und der Entwicklung der deutschen Parlamente interessierten Lesern eine unglaubliche Fülle an grundlegenden Informationen, neuesten Erkenntnissen entlang des aktuellen Forschungsstandes

und zugleich zahlreichen Anregungen für zukünftige Forschungsaufgaben. Zu diesem Lektüregewinn kommt dann der Lesegenuss hinzu, da dieses Kompendium – für wissenschaftliche Handbücher in deutscher Sprache und angesichts des Umfangs eher selten – auch noch außerordentlich gut geschrieben ist und sozusagen „in einem Fluss heruntergelesen“ werden kann. Natürlich handelt es sich hier um eine höchst anspruchsvolle wissenschaftliche Studie, aber sie „lebt“ von ihrem klaren, durchdachten Aufbau, ihrer verständlichen Sprache und dem immer feststellbaren Bemühen des Autors, alle für das Thema relevanten Personen, Institutionen, Strukturen und Prozesse in der Darstellung soweit wie möglich en détail zu beschreiben, in den Gesamtzusammenhang mit der deutschen Geschichte zu stellen und dort zu verorten. Aus den genannten Gründen kann die Rezensentin dieses gehaltvolle Werk ohne Einschränkung zur Lektüre empfehlen.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

Jenny Warnecke: Frauen im Strudel gewaltiger Thaten. Louise Astons „Revolution und Contrerevolution“ 1849.

Sulzbach/ Taunus.: Ulrike Helmer Verlag, 2011, 293 S., 11 Abb., ISBN: 978-3-89741-320-7

„Doch die Zeit wird und muß anders werden; es sind nicht blos Gespenster, die in meinem Kopf herumpoltern; es ist ein Geist, der draußen in den Völkern groß wird, eine neue Geschichte nervig und markig, die nicht mehr in den Salons der bevorzugten Stände die diplomatischen Polonaisen aufführt (...); nein, eine ungezogene, demokratische Geschichte mit der wilden Musik der Ça i-ra's, dem stürmischen Aufjauchzen einer lang unterdrückten Volkskraft. Die Kirche und die Pfaffen der Restauration haben das Volk lange genug mit ihren Hungersuppen gespeist! Panis et circenses – Brodt will das Volk; die blutigen Spiele giebt es aus eigenen Mitteln dazu.“ Und: „Dies ist die einzige Frauen-Emanzipation, an der auch meine Sehnsucht hängt, das Recht und die Würde der Frauen in freieren Verhältnissen, in einem edleren Cultus der Liebe wieder herzustellen. (...) Doch zu diesem neuen Cultus der Frauenwürde und Frauenliebe gehört vor allen Dingen eine tiefere Bildung und ein höheres Bewußtsein der Frauen selbst. Das ist die andere Seite einer vernünftigen Frauen-Emanzipation, wie sie meiner Seele als Ideal vorschwebt.“ Und: „Mag der Thron in Flammen glühn!/ Denn er ist von faulem Holze./ Freiheit und Glück/ Gibt Republik!“ Die hier widergegebenen vielfältigen politisch-programmatischen Aussagen der Schriftstellerin, Dichterin, Journalistin und Zeitschriftenherausgeberin Louise Franziska Aston geb. Hoche, verheiratete Meier (1814-1871) vermitteln einen ersten Eindruck von den entschieden demokratischen, atheistischen sowie sozial- und frauenemanzipatorischen Anschauungen, die diese bedeutende deutsche Autorin aus der Mitte des 19. Jahrhunderts in ihren Werken, darunter in einem von ihr herausgegebenen Periodikum, einer Rechtfertigungsschrift und ihrer politischen fiktionalen Literatur, artikuliert hat<sup>1</sup>. Aufgrund ihres politisch fortschrittlichen Engagements wie ihres thematisch wie stilistisch innovativen literarischen Œuvres gehört Louise Aston zweifelsohne zu den bekanntesten Kämpferinnen der Revolution von 1848/49 und zu den wichtigsten politischen Autorinnen in Deutschland zwischen Altem Reich und Deutschem Kaiserreich. Allerdings nimmt sie im Vergleich zu den anderen Achtundvierzigerinnen, Vorkämpferinnen der Frauenemanzipation und politischen Autorinnen eine besondere Stellung ein, die sich aus ihrer Lebensgeschichte und ihrem Schaffensprozess ergibt. Wie jüngere biographische Rekonstruktionen und wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, versuchte Aston, ihren eigenen Weg zu gehen, das heißt, sie beharrte stets auf „ihrem Recht auf ‚die freie Persönlichkeit‘“, entschied sich für den Entwurf eines selbstbestimmten Lebens, unter anderem in ihrer Wahlheimat Berlin, gab in ihren Werken „Raum für Utopien der Zeit“, entwickelte selbst positive Visionen, denen sie in der literarischen Setzung gleichsam Realität zusprach, und benutzte neue literarische Techniken. In der Folge wird sie als selbstständige Frau betrachtet, „die konsequent ihre Theorie in Lebenspraxis umgesetzt hat“ und deshalb schon den Zeitgenossen, aber eben auch der interessier-

<sup>1</sup> Vgl. dazu die folgenden Werke: Louise Aston: Aus dem Leben einer Frau, Hamburg 1847, S. 105f.; dies.: Meine Emanzipation, Verweisung und Rechtfertigung, Brüssel 1846, S. 46; dies.: Gedicht „Berlin am Abend des 12. November 1848“. In: Dies.: Freischärler-Reminiscenzen. Zwölf Gedichte, Leipzig 1850, S. 9.

ten Öffentlichkeit und Wissenschaft der Gegenwart „mit ihrem Lebensentwurf und als Literatin radikal“ erschien (S. 13, 24 u. 188).

In diesen Kontext ist auch die hier zu besprechende Studie der Literaturwissenschaftlerin Jenny Warnecke über „Louise Astons ‚Revolution und Contrerevolution‘ 1849“ von 2011 einzuordnen, mit der sie – zusammen mit einer von ihr herausgegebenen, als eigenständige Publikation veröffentlichten Edition des Romans<sup>2</sup> – an der Universität Freiburg promoviert wurde. Der Roman – 1849 erschienen, bereits 1853 für preußische Leihbibliotheken verboten und erst wieder durch Warnecke in einer Neuauflage einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht – behandelt als ein „Revolutionspanorama“ die revolutionären Ereignisse in Berlin und an anderen Revolutionsschauplätzen in Deutschland im Zeitraum vom 5. März bis zum 18. September 1848 und thematisiert dabei einzelne neuartige Phänomene wie die Eisenbahn ebenso wie die großen Diskurse der Zeit um Zensur und Meinungsfreiheit, Klassengegensätze und die Erlangung demokratischer Grundrechte, Frauenemanzipation und die Rolle der Frau, deutsche Nationalstaatsbildung und europäischen Völkerfrühling sowie Religionskritik und Atheismus. Im Mittelpunkt des „märchenhaften“ Handlungsgeschehens steht die Protagonistin Alice von Rosen als „souveräne Frauenfigur“, die „politischen und amourösen Verrat“ entlarvt, besonders den „Verrat“ an der Nationalversammlung“, auf wechselnden revolutionären Schauplätzen auftritt und sogar auf den Barrikaden kämpft (S. 9, 19, 76 u. 182–183).

Nachdem in der vorliegenden Studie zunächst in einer knappen biographischen Skizze Louise Astons wechselvolle Lebensgeschichte – von ihrer Kindheit und Jugend in einem Pfarrhaushalt nahe Halberstadt, über ihre Ehen mit dem englischen Industriellen Samuel Aston und dem deutschen Arzt Daniel Eduard Meier, ihre Teilnahme an den Treffen der Gruppe „Berliner Freie“ um die Junghegelianer Bruno und Edgar Bauer, ihr Engagement in der Revolution 1848/49 als Briefbotin für die Demokraten und als Krankenpflegerin für die Freischärler auf dem Feldzug gegen Dänemark im Schleswig-Holstein-Konflikt, ihre scharfe Kritik an der politischen Reaktion in Preußen im Herbst 1848 in ihrer Zeitschrift „Der Freischärler“, ihre Ausweisung aus Berlin im Dezember 1848, ihre Auswanderung nach Russland und ihre dortige Tätigkeit als Krankenpflegerin während des Krimkriegs an der Seite ihres zweiten Mannes, bis hin zu ihrem letzten Wohnort in Wangen im Allgäu – und ihre schriftstellerischen Schaffensphasen, die sich auf die Jahre zwischen 1846 und 1851 beschränkten, geschildert werden, wird in einem kurzen Exkurs auf die beiden Vorgänger-Romane „Aus dem Leben einer Frau“ von 1847 und „Lydia“ von 1848 eingegangen. Darauf beschreibt die Verfasserin kenntnisreich die Rezeption von „Madame Aston“, wie sie Ernst Dronke in seinem berühmten Berlinbuch 1846 genannt hat, die Wahrnehmung ihres Werkes in der Öffentlichkeit, die dichte zeitgenössische Berichterstattung über sie sowie die bisherige Behandlung ihres Lebens und Wirkens in der Literatur- und Geschichtswissenschaft, vor allem in der Vormärz-, Revolutions- und der feministischen Forschung.

Diese einleitenden Kapitel zur Lebens-, Werks- und Rezeptionsgeschichte der Autorin sind „als Einstiegslektüre“ unerlässlich, wenn man sich näher mit Astons Werk auseinandersetzen und jenes besser verstehen will. Denn Aston greift in ihren Romanen, Gedichten und Artikeln ihre eigenen Lebenserfahrungen, aber auch einflussreiche Themen der Zeit, die Interpretation des revolutionären Geschehens durch ihre politischen Gegner sowie deren Diffamierungen gegen ihre Person auf, um diese zur Grundlage ihrer Darstellung und Deutung zu machen, sie ins Bewusstsein der damaligen Öffentlichkeit zu

---

<sup>2</sup> Zur neuen Edition siehe: Louise Aston: Revolution und Contrerevolution. 2 Bde., Mannheim 1849. Neu hrsg. von Jenny Warnecke (Edition Klassikerinnen), Sulzbach/ Taunus: Ulrike Helmer Verlag 2011. Vgl. auch das unlängst erschienene biographische Porträt: Jenny Warnecke/ Walter Wehner: Louise Franziska Aston (1814–1871). Radikale Schriftstellerin des Vormärz und Vorkämpferin der Frauenemanzipation. In: Walter Schmidt (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 4, Berlin 2013, S. 61–117.

rücken und um in letzter Konsequenz daraus eigene politische und gesellschaftliche Standpunkte, Zielvorstellungen und Leitbilder zu entwickeln. Damit sind Astons Ideen und Utopien, ja selbst ihre Sprache und Wortwahl auch „Ausdruck bestimmter Zeitphänomene, Denkströmungen und Freundeskreise“, die in einem besonderen Wechselverhältnis zueinander stehen und die es aufzuschlüsseln gilt (S. 10 u. 13). Dies erfolgt im ersten Teil der Arbeit durch die Einbettung des Romans in die schon erwähnten zeitgenössischen Debatten und gesellschaftlichen Diskurse um Zensur, Frauenrolle, Nationalismus und Atheismus. Daran schließt sich im zweiten Teil die Analyse von Astons Roman „Revolution und Contrerevolution“, seine Einordnung in den zeitgeschichtlichen Kontext und die Herausarbeitung von Astons literarischen Techniken an, die sie auf der einen Seite als „typische Vormärzautorin“ ausweisen, wie zum Beispiel die ironisch-satirische Charakterisierung ihrer Figuren, und die auf der anderen Seite ihre „Sonderstellung“ verdeutlichen, wozu etwa ihre knappen Reportagen, wertenden Erzählerinnen-Kommentare, die Techniken aus dem Genre des Sozialromans und als das hervorstechendste Stilmerkmal der „Drehbuchcharakter“ des Romans, hervorgerufen „durch rasche und aufwändig dekorierte Szenenwechsel“, beigetragen haben (S. 78 u. 184). Dass Aston sich als überzeugte Demokratin und Vorkämpferin der Frauenemanzipation Vorbilder für ihre fortschrittlichen Ideen auch jenseits des deutschsprachigen Raumes gesucht und sich explizit auf Positionen anderer Schriftsteller wie Louis Blanc, Pierre-Joseph Proudhon, Ludwig Börne, Rudolph Gottschall und mit Blick auf Lebensentwürfe von Frauen auf George Sand bezogen hat, wird in einem weiteren Kapitel durch die Schilderung ihrer Affinität zu Frankreich und die Übernahme demokratischer Lehren aus dem Land der großen Mutterrevolution von 1789 betont. In einem letzten Kapitel wird abschließend noch ein Blick auf den Roman als „ein nach außen gewendetes, literarisiertes Tagebuch“ geworfen, in dem Aston sich als politische Frau öffentlich äußert und in dem „politische Analyse und emanzipatorische Ambitionen“ verbunden und bekannt gemacht werden (S. 175 u. 188).

Wie die Freiburger Germanistin und Gender-Expertin in ihrem Buch überzeugend darlegen kann, gelingt es Aston in diesem Schlüsselroman den Entwurf einer gesellschaftlichen Entwicklung zu zeichnen, der auf vier Säulen ruhen sollte, nämlich „auf der Meinungsfreiheit, der Gleichstellung der Geschlechter und der gesellschaftlichen Klassen, einer Zusammenführung Europas und der Säkularisierung von Gesellschaft und Staat“. Die in dem Roman entwickelte „Utopie vom selbstbestimmten Leben einer Frau, die bürgerliche, demokratische Rechte einfordert“, gingen weit über die Vorstellungskraft von Astons Zeitgenossen und den Weiblichkeitsentwürfen ihrer Schriftstellerkollegen hinaus (S. 76, 184 u. 188). Während Autorinnen wie Ida Hahn-Hahn oder Fanny Lewald in ihren Werken pessimistischere weibliche Lebenswege aufzeigen, scheint Aston eine unbändige Freude am Entwurf von optimistischen Utopien gehabt zu haben – was „in der feministischen Literaturgeschichte ein Novum“ darstellt (S. 188) –, da sie sowohl in dem hier vorgestellten Roman „Revolution und Contrerevolution“ als auch in weiteren Romanen eine grundlegend andere Position bezieht und vollkommen neue, zu ihrer Zeit undenkbare Lebensentwürfe von Frauen im 19. Jahrhundert offensiv darstellt: Astons Protagonistinnen entwickeln sich aus der Abhängigkeit zu persönlicher Freiheit, sie befreien sich aus einem von starren, gesellschaftlichen Konventionen bestimmten Dasein, führen schließlich ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben und treten darüber hinaus wie Alice von Rosen in den öffentlichen Raum ein, um für die Sache der Demokratie und für die Freiheit und Gleichheit aller Menschen zu kämpfen.

Wer Lust auf die Wiederentdeckung einer äußerst interessanten, vielschichtigen Frauenpersönlichkeit des 19. Jahrhunderts und ganz speziell ihres Romans „Revolution und Contrerevolution“ hat, wer sich ferner über die politisch-emanzipatorischen Zielvorstellungen und Gesellschaftsentwürfe einer unterschiedenen Demokratin und radikalen Anhängerin von Theorien zur Gleichstellung der Geschlechter



informieren möchte und wer darüber hinaus noch ein inhaltlich wie stilistisch und sprachlich völlig neuartig komponiertes Werk kennenlernen will, der sollte – trotz einzelner störender Druckfehler, eines leider fehlenden Personenregisters und der nicht unbedingt lesefreundlichen Gestaltung des Anmerkungsapparates in Form von Endnoten am Ende des Buches – zu der durchaus spannend geschriebenen, fachlich fundierten und lehrreichen Studie von Jenny Warnecke über Louise Aston greifen.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

### Gerhard Wegner: *Ökonomischer Liberalismus als politische Theorie*.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2012 (Untersuchungen zur Ordnungstheorie und Ordnungspolitik 62), 292 S., ISBN: 978-3-16-151034-2

Eines der immer wiederkehrenden Leitmotive der Theoriegeschichte des Liberalismus ist das Spannungsfeld von liberaler Freiheitsidee und politischer Demokratie. Tocqueville fürchtete sich vor der „Tyrannei der Mehrheit“ und John Stuart Mill glaubte, dass die Demokratie den kreativen Individualismus zugunsten des Mittelmaßes verdrängen könne. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Fokus der Debatte mehr und mehr zu den ökonomischen Aspekten hin verschoben. Insbesondere Ökonomen der Public-Choice-Schule stellten vermehrt die Frage, ob die Demokratie nicht starke Anreize für die Politik setze, die langfristig erfolgreiche Marktwirtschaft allmählich durch kurzfristig gedachte Interventionen zu verdrängen – am Ende zum Nachteil aller.

Der Erfurter Ökonom Gerhard Wegner hat sich in seinem vom ordoliberalen Walter Eucken Institut herausgegebenen Buch „*Ökonomischer Liberalismus als politische Theorie*“ dem Thema ein wenig anders angenommen als das unter Anhängern der Marktwirtschaft sonst üblich ist. Wegner weiß um die Spannungen zwischen der Demokratie und dem ökonomischen Liberalismus, ist aber trotzdem wesentlich weniger demokratiekritisch als andere liberale Ökonomen – etwa die im Buch am häufigsten zitierten Friedrich August von Hayek und James Buchanan. Während die meisten Wirtschaftsliberalen die Demokratie eher als einen Störfaktor sehen, der rationale Erwägungen ökonomischer Natur schwächt und daher zurückgebunden werden muss, sieht Wegner sowohl in der persönlichen Wirtschaftsfreiheit als auch in der demokratischen Partizipation gleichermaßen legitime Ausformungen praktizierter individueller Autonomie. Man dürfe dem Einzelnen nicht verbieten, auch bestimmte kollektive Entscheidungen zu präferieren. Diese Quasi-Gleichstellung verbietet ihm somit die Aushebelung der Demokratie: „Sofern sich Politikziele auf einen offenkundigen gesellschaftlichen Konsens stützen, sollten es Liberale allerdings unterlassen, die Forderung nach politischer Autonomie zu delegitimieren.“ (S.274)

Wegner versucht nun dem Dilemma des Entweder-Oder von Demokratie und Wirtschaftsfreiheit zu entrinnen und den Antagonismus überwinden. Dabei kann er zunächst einmal auf den empirischen Befund zurückgreifen, dass Demokratien in der realen Welt als Hort wirtschaftlicher Freiheit durchaus nicht so schlecht dastehen. Die erfolgreichen Marktreformen, die in den 80er Jahren durchgeführt wurden, gelangen ohne Zurückdrängungen der Demokratie (und – so möchte man hinzufügen – waren in vielen Teilen der Welt mit einer großen Demokratisierungswelle verbunden). In diesem Kontext irritiert es, dass er das minimalstaatliche Ideal der Wirtschaftsfreiheit als ein Ideal beschreibt, das nur Diktaturen praktizierten. Gerade die von ihm heftig kritisierten Indizes der Wirtschaftsfreiheit (z.B. „Economic Freedom of the World“) zeigen bei sauberer Auswertung, dass erfolgreiche diktatorisch regierte Marktwirtschaften wie Singapur (wo die Staatsgröße wahrscheinlich den entscheidenden Anreiz zur wirtschaftlichen Offenheit setzt) eine große Ausnahme sind, während die freiesten Wirtschaften fast so durchgängig Demokratien sind wie die unfreiesten Diktaturen.

Die kurzfristige Logik, die der Demokratie gegenüber der offenen Marktordnung von Liberalen oft unterstellt wird, bestreitet Wegner auch nicht, sondern stellt dezidiert fest, dass demokratische Politik die langfristigen Folgen interventionistischer Politik tatsächlich selten antizipiert, sondern meist erst nachgelagert und korrigierend aufgreift. Das könnte man als einen Lernprozess darstellen, der aber in dieser Form auch eine Stärke der Demokratie sei. Hier entwickelt Wegner die Hayeksche Theorie der „spontanen Ordnung“ in eine neue, wohl von Hayek nicht intendierte, Weise fort, indem er von einem Prozess der „Selbstaufklärung einer demokratischen Gesellschaft“ (S.155) spricht. Wegner vertraut dabei auf die Demokratie als „Marktplatz der Ideen“ (S.202), in der ökonomischer Liberalismus als „eine Ideologiekritik der politischen Präferenzen des Souveräns der Demokratie zu konzipieren <sei>, ohne diese Präferenzen extern zu bewerten“ (S.81). Das Kennzeichen der Demokratie sei, dass langfristig schädliche Interventionen, die den Wohlstand gefährden, ja auch langfristig der Beurteilung unterworfen seien. Die Hayeksche „spontane Ordnung“, in der Menschen in einer Welt des Nicht-Wissens ist damit nicht mehr auf eine der politischen Sphäre entgegengesetzten Wirtschaftsprozess beschränkt, sondern umfasst beide Sphären gleichermaßen.

Das sind interessante Thesen, wenngleich sie durchaus noch einige Lücken aufweisen. Auch Wegner will letztlich keine völlig unbeschränkte Demokratie, doch lässt seine Kritik des „prozeduralen“ Wirtschaftsliberalismus, der demokratische Optionen durch Regeln eindämmen will, die Frage offen, wie weit dies überhaupt noch gehen soll. Die gegenüber klassischen Freiheitsrechten gleichwertige Wertung demokratischer Kollektivbeschlüsse lässt solche Beschränkungen nur begrenzt zu. Obendrein, so bemerkt er durchaus mit gutem Grund, sei ein solches Regelwerk realiter mit den Bürgern nicht durchsetzbar. Deshalb ist eine interventionistische Politik für ihn völlig legitim, wenn sie durch Konsens gedeckt ist. Unproblematisch ist das gewiss nicht. Man muss als Gedankenspiel nur einmal annehmen, es ginge nicht um Wirtschaftsfragen, sondern etwa um die Einführung von Folter bei Terrorismusverdächtigen, die nach besonderen Krisenereignissen kurzfristig sehr wohl mehrheitsfähig sein könnte. Hier nur auch die Möglichkeit späterer Selbstkorrektur zu hoffen, erscheint da doch zu kurz zu greifen. Eine Demokratie ohne beschränkende Regeln ist schlechthin undenkbar.

Das macht das Buch aber nicht uninteressanter. In Zeiten, da unter manchen Liberalen eine bisweilen etwas leichtfertige Demokratiekritik ohne Aufzeigung realistischer oder wünschbarer Alternativen um sich greift, ist Wegners Buch schon ein erfrischendes Antidot. Die Behandlung des Spannungsfelds zwischen Demokratie und Wirtschaftsliberalismus hat jedenfalls eine neue Facette hinzugefügt bekommen.

Berlin

Detmar Doering

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Jens Späth: Revolution in Europa 1820–1823. Verfassung und Verfassungskultur in den Königreichen Spanien, beider Sizilien und Sardinien-Piemont.**

Köln: SH-Verlag 2012 (= Italien in der Moderne, Bd. 19), 517 S., ISBN: 978-3-89498-272-0

Um die Revolutionen der 1820er Jahre ist es in der Historiographie – zumal in der deutschen – still geworden. In den 1970er und 1980er Jahren wurde gelegentlich versucht, die sozialen Ursachen der europaweiten politischen Verwerfungen genauer zu bestimmen, die mit den Karlsbader Beschlüssen, dem Massaker von Peterloo, der Reaktion auf die Ermordung des Herzogs von Berry und eben dem Scheitern der Versuche, in Spanien und Italien parlamentarische Verfassungen einzuführen, eine konservative Wendung der europäischen Ordnung markierten. Seither zog die Epoche weniger Interesse auf sich; der Fokus lag eher auf der napoleonischen Ära, den Revolutionen von 1848 und zunehmend auf der Debatte über die Bedeutung einer Epochenwende um 1880. Dass sich so nach und nach eine regelrechte Forschungslücke entwickeln konnte, ist insofern überraschend, als etwa Jörn Leonhards großes Buch zur historischen Semantik des Liberalismus im 19. Jahrhundert bereits vor einigen Jahren deutlich gemacht hatte, wie groß die Bedeutung südeuropäischer Entwicklungen für die Ausbildung europäischer politischer Sprachen war. Spätestens damals wurde klar, dass die südeuropäischen Revolutionen der 1820er Jahre nicht zur Geschichte einer aus welchen Gründen auch immer weniger bedeutenden europäischen Peripherie gerechnet werden können, sondern – ebenso wie der griechische Unabhängigkeitskampf und der von ihm angestoßene Philhellenismus – im Zentrum der europäischen politischen Entwicklungen stehen. Die Arbeit von Jens Späth hat sich dieser Forschungslücke angenommen, indem sie einen durch die methodischen Anregungen der Kulturgeschichte des Politischen inspirierten Blick auf Südwesteuropa in den 1820er Jahren wirft.

Im Kern der Studie steht eine doppelte Frage: Erstens, warum erschien die spanische Verfassung von Cádiz von 1812 in den frühen 1820er Jahren nicht nur für die spanische Opposition, sondern auch in Sardinien-Piemont und im Königreich beider Sizilien als politisches Ideal? Zweitens, warum scheiterte der Versuch, diese Verfassung tatsächlich einzuführen, in allen drei Ländern? Die erste Frage ist spannend, als in Sizilien auf Anregung William Bentincks ebenfalls 1812 eine liberale Verfassung eingeführt worden war, auf deren Einhaltung man ebenfalls hätte pochen können; und weil sich hartnäckig die Ansicht hält, die Revolutionäre hätten eigentlich gar nicht so genau gewusst, was sich konkret mit welcher Verfassung verband. Die zweite Frage verweist auf die allgemeine Diskussion über mögliche verpasste Chancen, Europa früher eine liberale Ordnung zu geben und damit die wachsende Sprengkraft parteipolitischer, aber auch nationaler Konflikte zu entschärfen – zumal in Spanien und Italien, wo sie bis weit ins 20. Jahrhundert reichende und in manchem immer noch nicht gelöste Verwerfungen nach sich zogen.

Was die Verfassung von 1812 implizierte, macht Späth klar, indem er einleitend ein differenziertes Panorama der Verfassungsentwicklung in Spanien, Sizilien und – zum Vergleich – Frankreich zeichnet. Dabei hebt er eine Reihe von Besonderheiten hervor. Die Verfassung von 1812 war mit 385 Artikeln

überaus detailliert – musste also nicht sofort durch Ausführungsbestimmungen ergänzt werden. Sie war durch das Ein-Kammer-Parlament, die strikte Gewaltenteilung und die relativ geringe Macht des Königs liberal, ihre Befürworter argumentierten aber historisch. Zudem ließ die Verfassung nur eine Religion zu; ihr gewissermaßen historisch-evolutionärer Ansatz und ihr Beharren auf der katholischen Religion machte sie zumindest für manche Konservative akzeptabel. Sie hob sich somit klar von der eher monarchistischen Verfassung Frankreichs von 1814 und der eher aristokratischen Siziliens von 1812 ab, und diese Besonderheiten waren ihren Befürwortern durchaus präsent.

Das zweite Kapitel ist der Ereignisgeschichte in den drei Staaten gewidmet. Es erklärt, warum jeweils eine revolutionäre Situation entstand, an deren Ende die Einführung der Verfassung von Cádiz stand – und wie unterschiedlich die politischen und sozialen Konstellationen waren, in denen sich diese Verfassung hätte bewähren müssen. Die beiden folgenden Kapitel sind systematisch angelegt. Sie schildern die Sicht der Befürworter und Gegner auf die ‚neue‘ Verfassung; bei den Befürwortern differenziert Späth dabei „Trägerschichten“, „Verfassungsdiskurs“ und „Verfassungskultur“. Zwar macht Späth hierbei einen unterschiedlich starken Enthusiasmus für die Verfassung aus; doch wirkt die intellektuelle Opposition in keinem der untersuchten Länder stark genug, um das Experiment zum Scheitern zu verurteilen. Dazu bedurfte es jeweils der Intervention von außen. Ihre Grundlagen diskutiert das fünfte Kapitel, das sich den europäischen Nachrichten über die Revolution widmet. Dabei liegt der Fokus einerseits auf wechselseitigen Berichten (in Spanien über italienische Entwicklungen und umgekehrt), andererseits auf der europäischen Diplomatie in Paris und Wien. Das letzte Kapitel befasst sich mit den ausländischen Interventionen, welche die durch Revolutionen zustande gekommenen Verfassungsordnungen beendeten.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Späths Vergleich etwas asymmetrisch angelegt sein muss. In Spanien war die Verfassung von Cádiz am tiefsten verwurzelt, und sie war dort am längsten gültig. Daher konnte sich das, was Späth als „Verfassungskultur“ bezeichnet (dabei geht es weniger um den politischen Umgang der Akteure miteinander als um die Wahrnehmung der Verfassung und mit dieser verbundener Rituale in der breiteren Bevölkerung), in Spanien weitaus differenzierter ausbilden als in Sizilien, Neapel oder Sardinien-Piemont. Wenn Späth daran auch nichts ändern kann, so zeigt er durch eine akribische Rekonstruktion der Verfassungsdiskurse und öffentlicher Reaktionen auf die Verfassung auf der Grundlage eines beeindruckend großen und sehr verschiedene Ebenen politischer Publizistik umfassenden Quellenkorpus die Lebendigkeit der Auseinandersetzung um die ‚richtige‘ politische Ordnung in einem postnapoleonischen Europa. Sein Buch schildert die politische Geschichte der westlichen Mittelmeerwelt in umfassender Perspektive und problematisiert die Bedeutung des Abbruchs einer möglichen liberalen Wende für die europäische Entwicklung. Gewiss kann man sich – angesichts der erheblichen Vorbehalte, mit denen die Verfassung jeweils konfrontiert war – fragen, wie sich die politischen Systeme ohne französische oder österreichische Intervention entwickelt hätten; es ist nicht unwahrscheinlich, dass die Verfassungen bald in Krisen geraten wären. Späth verweist selbst auf einige Fragen, denen nachzugehen sich lohnen würden – nach der nordeuropäischen Resonanz der spanischen und italienischen Ereignisse, nach den Traditionen, welche die Verfassung von 1812 (nicht) begründete und nach Alternativen, die nach den 1820er Jahren mehr oder weniger ernsthaft erwogen wurden. Somit hat diese hervorragende Dissertation zweierlei geleistet: eine Forschungslücke identifiziert, geschlossen und ein neues Forschungsfeld begründet. Dem Autor kann man dazu nur gratulieren.

Frankfurt/M.

Andreas Fahrmeir

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Jörg-Christof Bauer: Der Beitrag der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat zur Ausarbeitung des Grundgesetzes.**

Hamburg: Verlag Dr. Kovač, 2013 (=Rechtsgeschichtliche Studien Band 56), 295 S., ISBN: 978-8300-6697-2

Die Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 ist von Anfang an dokumentiert worden. Insbesondere die Juristen benötigten eine Dokumentation der Genese einzelner Artikel, die nicht nur bei der Rechtsprechung des später begründeten Bundesverfassungsgerichts hilfreich sein sollte. Seit Mitte der 1970er Jahre erforschten verstärkt Historiker die Geschichte des Parlamentarischen Rates. Inzwischen sind die Protokolle der offiziellen Gremien des Parlamentarischen Rates vollständig veröffentlicht und die Berichte der US-amerikanischen, britischen und französischen Militärverwaltung über die Bonner Verfassungsarbeit teilweise publiziert oder immer wieder Gewinn bringend ausgewertet worden.

Von den Fraktionen im Parlamentarischen Rat sind nur Protokolle der CDU/CSU-Fraktion überliefert und auch sorgfältig ediert worden. Protokolle der SPD-Fraktion konnten nicht aufgefunden werden. Für die fünf- bzw. sechsköpfige FDP-Fraktion sind Protokolle erst gar nicht gefertigt worden. Aber in zahlreichen Veröffentlichungen wurden insbesondere die Verfassungsarbeiten von Theodor Heuss und Thomas Dehler gründlich dargestellt und wiederholt gewürdigt.

Umso neugieriger konnte man nun über die rechtsgeschichtliche Studie von Jörg-Christof Bauer über den „Beitrag der FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat zur Ausarbeitung des Grundgesetzes“ sein, für die der Verfasser zum Dr. jur. promoviert wurde. Ob die Arbeit den juristischen Standards entspricht, vermag ich nicht zu beurteilen, aber ein Historiker, zumal ein Zeithistoriker, legt diese Studie höchst unbefriedigt zur Seite.

Die Geschichte des Parlamentarischen Rates wird einleitend im Wesentlichen nach den Buchveröffentlichungen von Wolfgang Benz und Michael F. Feldkamp dargestellt; bei der Geschichte einzelner Grundgesetzartikel beschränkt sich der Autor bemerkenswerterweise meistens immer noch auf die Dokumentation im „Jahrbuch des öffentlichen Rechts“ von 1951, für die im Wesentlichen auch nur die Ausschussprotokolle und Drucksachen des Parlamentarischen Rates herangezogen worden waren. Umso erstaunlicher, dass Bauer nicht gleich die vom Bundestag und Bundesarchiv gemeinsam edierten Ausschussprotokolle konsultiert. Die wenigen Archivalien schließlich, die zitiert werden, waren meistens längst publiziert. Das gilt auch für den von Bauer offenbar mit Freunde entdeckten „Informationsdienst der FDP-Fraktion“ mit in der Tat „aufschlussreichen Materialien“ (S. 18), der aber schon 1999 in extenso von Patrick Ostermann und Michael F. Feldkamp reichhaltig kommentiert und von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus publiziert wurde. Zwar wird diese Edition im Literaturverzeichnis genannt, aber ich habe nicht entdecken können, dass aus diesem Band auch nur einmal zitiert wurde! So verstärkte sich bei der Lektüre der Doktorarbeit der Eindruck, dass Bauer, wie viele andere Veröffentlichungen die im Literaturverzeichnis aufgeführt wird, ebenfalls nicht wie behauptet ausgewertet hat.

Weitestgehend deskriptiv und ohne eine intellektuelle oder sprachliche Durchdringung rezipiert und paraphrasiert der Verfasser die Wortbeiträge von Heuss und Dehler in den Ausschusssitzungen. So erreicht die Studie schon aus handwerklicher Sicht nicht die Ansprüche, die Historiker für gewöhnlich an eine Qualifikationsarbeit zu diesem Thema stellen. Das Fazit schließlich geht über die maßgeblichen Bewertungen von Erhard H.M. Lange nicht hinaus. Immerhin wird dann doch deutlich, was der Verfasser wirklich wollte: „Den Beitrag der FDP-Fraktion im Verfassungsgremium einer Wertung aus Sicht des rückblickenden Betrachters zu unterziehen, lag jedoch nicht im Erkenntnisinteresse dieser Schrift. [...] Es ging darum, deren Einwirkung auf die Ausformulierung ganz bestimmter Artikel des Grundgesetzes [...] darzustellen“ (S. 245). So bleibt uns Bauer eine Antwort schuldig, ob die FDP-Fraktion im Parlamentarischen Rat 1948/49 nun Mehrheitsbeschaffer oder nur Vermittler zwischen divergierenden Positionen der beiden großen Fraktionen, für die jedoch klar war, dass das Grundgesetz nur mit breiter Zustimmung, also mit einer 2/3 Mehrheit, verabschiedet werden konnte.

Berlin

Michael F. Feldkamp

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Julius H. Schoeps: David Friedländer. Freund und Schüler Moses Mendelssohns.**

Hildesheim: Georg Olms Verlag, 2012 (Deutsch-jüdische Geschichte durch drei Jahrhunderte. Ausgewählte Schriften Bd. 6), 471 S., 20 Abb., ISBN: 978-3-487-13960-9

David Friedländer gehört sicherlich zu jenen jüdischen Aufklärern, die es wert sind, in Erinnerung zu behalten. Dass Julius H. Schoeps sich seiner annimmt, verwundert nicht, denn schon seit vielen Jahren befasst sich Schoeps intensiv mit der jüdischen Aufklärung in Deutschland. So hätte Friedländer wohl kaum ein gelehrteres und einfühlsameres Porträt erhalten können, als von Schoeps. Durch zahlreiche weitere Studien hat sich Schoeps als exzellenter Kenner der Epoche und der Personen ausgewiesen, denen Friedländer im Laufe seines spannenden Lebens begegnet ist, das Schoeps mit überlieferten Anekdoten reich illustriert und neu verlebendigt. Und dass Friedländer schließlich sogar ein Urahn von Schoeps ist und er diesen für sich persönlich bereits 1982 entdeckt hatte, was der Leser allerdings erst am Ende der Lektüre (S. 407ff) erfährt, tut der Darstellung keinen Abbruch, denn Schoeps bleibt dem Wahlspruch des Gelehrten treu und verfasste die lesenswerte Biographie „sine ira et studio“.

David Friedländer wurde 1750 in Königsberg geboren und übersiedelte im Alter von 21 Jahren nach Berlin. Hier verdiente er seit 1776 sein Geld als Seidenfabrikant. Nachhaltig ist Friedländer vor allem als Autor bekannt, der sich zeitlebens für die Emanzipation der Juden in Preußen engagierte. Lange stand er im Schatten seines älteren Freundes Moses Mendelssohn, bis Friedländer nach dessen Tode 1786 nun selbst zur Galionsfigur der jüdischen Aufklärung in Berlin wurde. Sein Schwiegervater war der Bankier Daniel Itzig, über den Friedländer in die Berliner Kreise eingeführt wurde und es bis an den Hof Friedrich Wilhelms II. schaffte, dessen Oberhofbankier Itzig war. Die Familie Itzig war die erste jüdische Familie, die ein Naturalisationspatent erhalten hatte, und das bereits 1791 – lange bevor mit dem Edikt von 1812 die in Preußen lebenden Juden Staatsbürger werden konnten. Itzig war zusammen mit der Ephraim-Familie der begütertste Jude in Berlin. Gemeinsam berieten später Daniel Itzig und David Friedländer den preußischen König in Fragen der Rechte für die Juden in Preußen.

Geschäftliche Erfolge und gesellschaftliche Anerkennung korrespondierten beim Aufstieg der Familie Friedländer. Im Jahre 1804, als Mitfünfziger, zog sich Friedländer bereits aus dem aktiven Geschäft zurück und sammelte fortan Ölgemälde, Bildhauerarbeiten und vor allem Bücher. In seinem Besitz soll sich auch die Originalhandschrift von Friedrichs des Großen „Antimachiavelli“ befunden haben, die Friedländer angeblich aus dem Nachlass Voltaires erhielt. Die Schriften der Aufklärer wie Kant, Herder und Grave werden auch zu seiner Büchersammlung gehört haben.

Beim Sammeln freilich ist es nicht geblieben. Friedländer gehörte seit seinem ersten Berliner Jahr zum Kreis der „Jünger“ um Moses Mendelssohn. Er begleitete diesen auf Reisen und es verging kein Tag, an dem Friedländer, der sich zum Schüler und Freund des „Berliner Weltweisen“ (S. 64) zählen konnte, nicht mit ihm zusammentraf und austauschte. Auch gehörte Friedländer zum Kreis der Me'assfim, den Mitarbeitern der Zeitschrift „Ha-Meassef“, die in Königsberg begründet worden war und seit 1787 in Berlin erschien. Diese Zeitschrift galt während der ganzen Epoche in Deutschland und Teilen des östlichen Judentums als zentrales Organ der jüdischen Aufklärung.



Schoeps erinnert daran, dass die Freiherr von Steinsche Städteordnung von 1808 den Weg frei machte für das Edikt von 1812 zur Gleichstellung der Juden in Preußen, das unter dem Einfluss von Friedländer vom preußischen Staatskanzler Karl August von Hardenberg erlassen wurde. Das soll keineswegs die Verdienste Hardenbergs und Friedländers schmälern.

Friedländers Bemühungen bei der Entstehung der Judenemanzipation in Preußen wird sehr unterschiedlich bewertet. Weil Friedländer im Rahmen seiner Möglichkeiten die Entstehung des Gesetzes zur Gleichstellung der Juden begleitete, sehen die einen in ihm einen Opportunisten, der sich angepasst und eingeschmeichelt habe, während andere herausstellen, dass er sich für das „Wohlergehen“ (S. 288) seiner Glaubensbrüder eingesetzt habe. Die Ambivalenz wird noch einmal mehr deutlich, als Schoeps belegt, dass Friedländer sogar bereit war, Abstriche bei den Ritualgesetzen in Kauf zu nehmen, um auf alle Fälle die Staatsbürgerrechte für Juden zu erlangen (S. 291).

Ein großer Verdienst von Schoeps ist es, aus dem Blickwinkel von David Friedländer die innerjüdische Aufklärung in den Blick genommen zu haben. Schoeps beschreibt die Gradwanderungen, die die Berliner Juden zwischen Assimilation und Apostasie gingen, innerjüdische Differenzen, die kaum aufzufangen waren. Besondere Beachtung verdient die ausführliche Behandlung des anonym verfassten „Sendeschreiben“ von Friedländer, in dem dieser konkrete Vorschläge für den „Versuch einer Glaubensvereinigung“ von Judentum und Protestantismus machte. Schoeps versäumt es nicht, auch die spätere Kritik der jüdischen Historiographen aufzunehmen und deutlich darauf hinzuweisen, dass sich Friedländer mit derlei Thesen weit von seinem Lehrer und Vorbild Moses Mendelssohn entfernt hatte. Denn Mendelssohn hatte noch am Messiasglauben festgehalten, während Friedländer es nun als den „mächtigsten Gewinn“ für die Juden bezeichnet hatte, wenn sie auf den Messiasglauben verzichten würden (S. 236). Spott und Satire erntete Friedländer für seinen Vorstoß zur Schaffung einer „Vernunftreligion“. Zu den prominentesten Spöttern zählte Heinrich Heine, der 1823 die Initiativen von Friedländer als „spinnwebige Vernunftbandagen“ bezeichnete und Friedländer selbst als „Kurpfuscher“ beschimpfte, der mitverantwortlich sei für den Zustand des jüdischen Leidens (S. 363).

1834 verstarb David Friedländer, längst vereinsamt, im Alter von 84 Jahren in Berlin. In den Nachrufen erinnerte man daran, dass er sich besondere Verdienste erworben hätte, „wo unsere Religionsgenossen im preussischen Vaterlande [...] der Bürgerrechte theilhaftig wurden“ (S. 399). Friedländers Ansehen in Deutschland, auch schon vor der NS-Zeit, wurde geprägt von nationaljüdischen Historikern wie Heinrich Graetz, die Friedländer für den Niedergang des Judentums in Deutschland mit verantwortlich machten (S. 405). Da ist es doch mehr als erfreulich, dass Julius H. Schoeps vieles Vergessene über Friedländer in Erinnerung ruft und manch neue Erkenntnis unterbreitet. Schoeps macht deutlich: David Friedländer war mehr als nur ein „Freund und Schüler Moses Mendelssohns“!

Berlin

Michael F. Feldkamp

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Wolfgang Ayass: Max Hirsch. Sozialliberaler Gewerkschaftsführer und Pionier der Volkshochschulen.**

Berlin: Hentrich & Hentrich Verlag 2012 (Jüdische Miniaturen, Bd. 141), 73 S., 14 Abb., ISBN: 978-3-942271-96-7

Was kann man von einem de facto kaum 60seitigen Büchlein im Klein-Oktav-Format an biographischer und historisch-politischer Information über einen der „Verlierer der Geschichte“ (S.7) rechterdings erwarten? Kann man mehr erwarten als einen hier und da durch einzelne Informationen angereicherten, erweiterten Lexikon- oder Handbuchartikel – auch wenn das kleine Werk der Feder eines ausgewiesenen Kenners der deutschen Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert entstammt? Sagen wir es direkt: Wenn man realistischerweise nicht viel erwartet, so wird man auch nicht enttäuscht werden.

Max Hirsch ist dem historisch Interessierten als handelnde Figur in Politik, Arbeiterbewegung, deutscher Bildungs- und Friedenspolitik kaum, dem Fachhistoriker – wenn überhaupt – dann am ehesten im Kontext der Gewerkschaftsgeschichte und der faktenreichen Entwicklung deutscher Sozialpolitik seit der Reichsgründungsphase geläufig. Hirsch, der linksliberale Politiker, der deutsche Bürger jüdischen Glaubens, der Mitbegründer der deutschen Volkshochschulbewegung, der Aktivist der deutschen Friedensbewegung und der interparlamentarischen Bewegung: Diese Facetten eines reichen, für das deutsch-jüdische Bürgertum keinesfalls ungewöhnlichen Lebens sind kaum präsent. Hier will der Autor eine offenkundige historiographische Lücke wenigstens „ein wenig“ (S.8) schließen.

Wo gelingt dies am ehesten? Zunächst da, wo Ayaß auf seine Kennerschaft auf dem Felde deutscher Sozialpolitik zurückgreifen kann. Hirschs parlamentarisches Wirken – im Reichstag wie im preußischen Landtag – für eine die Interessen der lohnabhängig Beschäftigten berücksichtigende Ausgestaltung der Gewerbeordnung („Arbeiterschutz“), für die Stärkung der Koalitionsfreiheit und gegen die staatlich verfügten Zwangsversicherungen des Reichskanzlers Bismarck werden gewürdigt. Nur unscharf wird allerdings der sozialliberale – ein Terminus, den der Autor lediglich im Titel verwendet, ansonsten sehr nonchalant durch „linksliberal“ oder gar „liberal“ paraphrasiert – Ansatz deutlich: Hirsch will eine auf der Selbsthilfe der Betroffenen basierende soziale Ordnung, zu der zuvörderst die volle Geltung des Rechts zur Koalitionsbildung der Arbeitnehmer, zur Bildung gewerkschaftlicher Assoziationen, gehört. Nicht staatliche Zwangseinrichtungen, sondern die aus der Initiative der Arbeitnehmer geschaffenen Institutionen sind für ihn die Grundlage eines sozialen Staates. So kann Hirsch nur zum Gegner einer auf Sozialprotektionismus und Ruhigstellung der in Bewegung geratenen Unterschichten abzielenden staatlichen Sozialpolitik werden.

Mehr als bisher einschlägig bekannt, erfährt der Leser über den familiären Hintergrund Hirschs, seine frühen Jahre und das Schicksal der Familie in Zeiten des NS-Terrors. Der Sohn eines sich aus einfachen handwerklichen Verhältnissen zu einem wohlhabenden Großhändler für landwirtschaftliche Produkte

empor arbeitenden jüdischen Bürgers der Stadt Magdeburg findet nach Studium der Rechte und der Nationalökonomie sowie nach der Promotion an der Universität Greifswald sogar Zeit (und Geld !), um sich den Wind Frankreichs und des algerischen Maghreb um die Nase wehen zu lassen, bevor er sich als Verlagsbuchhändler in Berlin niederläßt. Bald schon wird er aktiv in der Arbeiter(bildungs)bewegung und im organisierten politischen Liberalismus. Wir erfahren von familiären Verbindungen zu angesehenen Familien des galizischen, vor allem aber des deutschen Judentums (Philippson), ohne dass uns die religiöse Verwurzelung Hirschs deutlich würde. Ganz sicher erscheint nur: Hirsch hat sich stets – auch unter wiederholten Angriffen und Schmähungen politischer Gegner von rechts bis links – zu seinem Judentum bekannt.

Die Liste all dessen, was in diesem kleinen Band allenfalls gestreift wird/werden kann, ist überlang. Mehr als unglücklich erscheint es, das gewerkschaftliche Programm jener Bewegung („Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine“), der Hirsch als Mitgründer den Namen gab, unter dem Stichwort „Klassenversöhnung“ zusammenzufassen. Dies greift – in irreführender, alte Vorurteile allenfalls bestätigender Weise – bedenklich zu kurz. Hier wird spürbar, dass die biographische Skizze mit recht „heißer Nadel“ gestrickt ist. Allenfalls Impressionen erhalten wir vom volks- oder erwachsenbildnerischen Impetus Hirschs und seiner Schöpfung, der Berliner „Humboldt-Akademie“. Nicht viel mehr als ein „name dropping“ bleibt schließlich für Hirschs jahrzehntelanges Engagement in der (jungen) nicht-sozialistischen Friedensbewegung und der internationalen parlamentarischen Kooperation.

Bei aller Kritik im Detail gebührt Wolfgang Ayaß Dank dafür, den jüdischen Deutschen, den Liberalen und Gewerkschaftsführer, den Sozialpolitiker und Bildungsaktivisten Hirsch für einen Augenblick zumindest wieder dem historischen Vergessen entrissen zu haben. Ernsthafte wissenschaftliche Recherche allerdings steht noch an – vielleicht kommt sie nach dem übernächsten „turn“ der historischen Fachwissenschaft.

Istanbul

Hans-Georg Fleck

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Elke Brünle: Bibliotheken von Arbeiterbildungsvereinen im Königreich Württemberg 1848–1918.**

Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2010 (Mainzer Studien zur Buchwissenschaft Bd. 20), 753 S., ISBN: 978-3-447-06195-7

Ein Buchtitel – wie aus der Zeit gefallen! Wen interessieren in der sich rasch beschleunigenden Ära der E-Books und der E-Book-Reader noch „Bibliotheken“? Und noch bizarrer – wer fragt heute – in Zeiten der Organisationen- und Institutionenverdrossenheit sowie der Revolution von Arbeitsmarktbeziehungen – noch nach „Arbeiter-“ oder gar „Arbeiterbildungsvereinen“? Bildungsvermittlung, das ist heute in erster Linie Teil des Anspruchskataloges der Bürger an „ihren“ Staat, nicht eine Eigeninitiative von Bürgern, die sich über Bildung individuelle und gesellschaftliche Freiheiten eröffnen wollen. Die 2009 von der Universität Mainz angenommene, hier in erweiterter Form vorliegende Dissertation der (inzwischen im Leitungsteam der Stadtbibliothek Stuttgart tätigen) Autorin schwimmt – der Titel deutet es an – mit erfreulicher Nonchalance gegen den forschungsstrategischen Zeitgeist, zumindest in der Geschichtswissenschaft. Und hier ist bereits der Ort, um auf eine Stärke der Publikation hinzuweisen, die – aus geschichtswissenschaftlicher und damit dem Forschungsanliegen der Autorin sicher nur bedingt gerecht werdender Perspektive – sich zugleich als gravierende Schwäche erweist: Wir haben es mit einem von den angesehenen Buchwissenschaftlern Stephan Füssel und Peter Vodosek betreuten resp. geförderten buchwissenschaftlichen Forschungsprojekt zu tun, nicht jedoch mit einem „Nachzügler“ der „großen Ära“ deutscher Historiographie zur Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die Autorin möchte mit ihrer auf das Territorium des vormaligen Königreichs Württemberg resp. dort ansässige Arbeiterbildungsvereine (ABVe) konzentrierten Arbeit die „theoretisch formulierten Bildungsziele“ dieser Organisationen herausarbeiten, ihre „bibliothekspraktische Realität“ erfassen und eine „Gesamtschau aller belegbaren Bibliotheken, Schriftangebote und Lektürebemühungen“ (S. 13) der ABVe liefern. Untersuchungsgegenstand sind dabei in erster Linie die z. T. sehr umfangreichen, Periodika wie Bücher umfassenden Bibliotheken der ABVe in Stuttgart, Reutlingen, Ulm und Rottweil, wo Brünle – dank den Zufällen des Lebens – sogar in die Rolle des aktiven Retters des (vom endgültigen Untergang bedrohten) Erbes der Vergangenheit, nämlich der Restbestände der Bibliothek des örtlichen ABV, schlüpfen konnte – geradezu ein Traum (fast) jeden Historikers!

Brünle interessieren – mit dem Blick des Buchwissenschaftlers – die inhaltliche Zusammensetzung der Bibliotheken, ihre Finanzierung, Unterbringung, Nutzung und Rezeption. Sie fragt nach der Lektürepraxis und nach der Stellung der Bibliotheken im Bildungsportfolio der ABVe. Im Sinne notwendiger Konzentration blickt die Autorin dabei ausschließlich auf die – nicht nur im vielbeschworenen „liberalen deutschen Südwesten“ existenten – weder konfessionell noch sozialdemokratisch ausgerichteten, gemeinhin häufig als „liberal“ deklarierten ABVe. Chronologisch strukturiert sie ihre außerordentlich detailreichen Forschungsergebnisse auf ca. 500 eng bedruckten Seiten nach zwei Untersuchungsabschnitten: zum einen die Revolutionszeit 1848/9 sowie die Nach-

revolutionsphase bis zur Ära politischer Reaktion und Repression, zum anderen die historische Phase vom Wiederbeginn politischer Liberalisierung in den frühen 1860er Jahren bis zum endgültigen Ausklang des „langen“ 19. Jahrhunderts mit Ende des Ersten Weltkrieges.

Mit spürbarem Forschungsdrang und breiter Detailbeflissenheit präsentiert uns Brünle ihre in den verschiedensten Archiven und Bibliotheken greifbaren Quellen. Es handelt sich dabei um Veröffentlichungen, Dokumente und Tagungsprotokolle zu einzelnen Vereinen, Vereins- und Bibliotheksstatuten, Protokoll- und Kassenbücher, Bibliothekskataloge und Vereinskorrespondenzen.

Wenngleich wiederholt gewisse, für einen sorgsam arbeitenden Lektor rasch auffind- und ausmerzbare Redundanzen zu konstatieren sind, so wird der Leser es doch in jedem Falle bedauern, dass die durch einen umfangreichen Anmerkungsapparat zusätzlich bereicherten Forschungsergebnisse weder von einem Sach- noch einem Personenregister erschlossen werden. Hier hätte ein evtl. mit Hilfe des Verlages(?) zu erreichender Einsatz nicht nur dem Rezipienten die Lektüre erleichtert, sondern auch dem erklärten und in hohem Maße unterstützenswerten Anliegen der Autorin entsprochen, nämlich weitere, vergleichende Studien zu Arbeiterbibliotheken in anderen Teilen Deutschlands anzuregen. Jeder zukünftige Forscher, der sich nicht scheute, diesen „Nebenweg“ der Arbeiterbewegungs- und der Bildungsforschung zu betreten, wird es daher – ungeachtet auch des verdienstvollen, mehr als 150seitigen Quellenanhangs – schwer haben, sich Brünles Forschungsergebnisse für weitere Recherchen – auf einem vermutlich eher einsamen Forschungsweg – zu erschließen.

Brünle schildert ausführlich Entstehungszusammenhänge und Charakter der Bibliotheken in den ABVen der Revolutionsjahre, in denen vielfach ein demokratischer, wenn nicht vom Frühsozialismus geprägter Geist vorherrschte, was sich u.a. anhand der dort vorgehaltenen Periodika und Buchbestände nachweisen läßt. Die behördlich induzierten Vereinsschließungen der frühen 1850er Jahren ließen die Bibliotheksbestände, z.T. in den Händen ehemaliger Mitglieder, zu „Kontinuitätslinien“ (S. 545) zu den Vereinsneugründungen seit 1862 werden. Die Bibliotheken widerspiegeln, wie vielerorts nachweisbar, die nun kräftig wiederauflebende Vereinstradition. Im Laufe der späten 1860er Jahre gerieten die ABVe erneut in unruhiges Fahrwasser: Die Aufspaltung der liberal-demokratischen deutschen Nationalbewegung, vor allem aber das Auseinanderdriften der deutschen Arbeiterbewegung, die mit dem raschen Anwachsen der Sozialdemokratie einherging, evozierte eine (zeitweilige) Dreiteilung der ABV-Bewegung in Süddeutschland, wo sich nun sozialdemokratisch, demokratisch und liberal tendierende Vereine gegenüberstanden und organisatorisch getrennte Wege gingen.

Sich in diesem „Richtungsdickicht“ zurechtzufinden ist – wie Brünles Arbeit belegt – nicht einfach, zumal dann, wenn man sich nahezu ausschließlich der – quasi naturgemäß schon eher älteren – Sekundärliteratur bedient, die die Entwicklungen jener Zeit z. T. sehr einseitig aus der Perspektive einer Traditionsgeschichtsschreibung der Sozialdemokratie betrachtet. Bei einer Darstellung zur deutschen Arbeiterbewegung der 1860er Jahre dürfen aber z. B. die bahnbrechenden Studien von Ulrich Engelhardt einfach nicht fehlen, um der Gefahr zu entgehen, tendenziell in Parteihistorie abzugleiten. Da Brünle diese Forschungsliteratur nicht zu kennen scheint – und hier erweist sich die anfänglich genannte Grundschwäche der Arbeit –, verliert sie sich im Interpretationsjargon der 1970er Jahre häufig genug mehr als es einer Arbeit des Jahres 2009 guttut.

Brünle zeigt überzeugend wie die Vereinsbibliotheken ihren Charakter als „Basis der kollektiven geis-

tigen Emanzipation“ bei ihrer Neugründung nach 1862 zunächst mit der Funktion von „Zentren individueller Selbstbildung und politischer Orientierung“ vertauschten. Mit dem Aufkommen politischer Organisationen der Arbeiterschaft seit 1863, vor allem aber seit der überregionalen Formierung gewerkschaftlicher Interessenorganisationen ab 1868 mussten die ABVe und damit auch deren Bibliotheken erneut ihren Charakter verändern. An den Bibliotheken macht Brünle die „Entpolitisierung“ gerade jener ABVen fest, die sich nicht der Sozialdemokratie zugewandt hatten. Seit der Reichsgründung fungierten die Bibliotheken in der – durchaus vielgestaltigen – Bildungsarbeit der ABVe vor allem als „universelle Informations-, Bildungs- und Unterhaltungsquellen“ (S.546), um sich mit Beginn des neuen Jahrhunderts – nicht zuletzt in der spürbarer werdenden Konkurrenz zu Bildungsangeboten anderer Träger und zu den aufkommenden „Volksbibliotheken“ – zu Medien „familienorientierte(r) Unterhaltungs- und Bildungsangebote“ (tendenziell zurück) zu entwickeln.

Die pauschale Kritik an den Bildungsanstrengungen in den „unpolitischen“ ABVen, wonach diese nur zur „Halbbildung“ der Arbeiter beigetragen hätten (so beispielhaft T.Offermann), weist Brünle mit gutem Grund zurück. Sie betont vielmehr deren Leistungen, von der Alphabetisierung der Mitglieder, über die Verbesserung der Lesekompetenz bis zur Schaffung fortgeschrittener Lesefähigkeit, eben ein wichtiger Beitrag zur „Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus“ (K. Birker). Die „lesenden Arbeiter“ hätten „wichtige Voraussetzungen für eine autonome, von individuellen Erkenntnissen und Anschauungen geleitete Lebensführung“ (S. 550) gewonnen. Brünle konzediert hier zwar durchaus eine – von Klassenkämpfern einst und jetzt perhorreszierte – „geistige und kulturelle Assimilation“ an das Bürgertum, aber diagnostiziert stets auch ein „emanzipatorisches Moment“.

Bemerkenswert ist die von Brünle anhand der untersuchten Bibliotheksbestände immer wieder belegte, den zeitgenössischen Reformbewegungen offen und interessiert gegenüberstehende Haltung der ABVe. In den Gründerjahren waren es vor allem die vielfältigen Kontakte zu den beiden christlichen Großkirchen kritisch gegenüberstehenden Gruppen, sei es die aus dem Protestantismus erwachsende „freireligiöse Bewegung“ oder der über Jahrzehnte nahezu in aller Munde befindliche „Deutsch-Katholizismus“. Hier ging es im besten Sinne um Abkehr von geistigem Dogmatismus, um Hinwendung zu neuen Formen des kritischen Denkens und der Weltbetrachtung. Die ABVe waren – ganz ihrem liberalen bildungspolitischen Credo von der Bildung, die „frei macht“ verpflichtet – darauf orientiert, ihren Mitgliedern Chancen zu „möglichst universeller Horizonterweiterung“ zu verschaffen. Sie beanspruchten Sammelbecken jener Arbeiter zu sein – so Brünle –, die sich in ihrem Bildungsstreben weder „von der Ideologie einer Partei oder dem Dogma einer Glaubensgemeinschaft einschränken lassen wollten“(S. 554).

Was Brünle hier beschreibt, trifft exakt den „liberalen“ Charakter der württembergischen, aber auch der badischen und anderer ABVe des Kaiserreichs. Brünle liefert uns aufgrund stupender Arbeit eine Fülle von Materialien, die uns helfen, die Welt dieser liberalen ABVe zu erschließen. Sie zeigt uns auch, wie bildungspraktisch tätige liberale „Vorfeldorganisationen“, wie die vielkritisierte „Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung“, im Zusammenspiel mit den ABVen tätig und wirksam geworden sind, sozusagen: von Berlin bis ins südwürttembergische Donaudorf. Was uns Brünle aber aufgrund ihres spezifischen Forschungsinteresses schuldig bleibt, kann abschließend nicht unerwähnt bleiben.

Vergebens suchen wir in der Studie – von raren Ausnahmen abgesehen – nach institutionellen oder gar personellen Verbindungen zu den Organisationen des politischen Liberalismus oder besser: der politischen Liberaldemokratie Württembergs. Vergebens suchen wir nach Verbindungen zu den einen

sozialen Liberalismus gestaltenden gewerkschaftlichen Organisationen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, deren – über Jahrzehnte existierendes – Verbandsorgan Brünle so erwähnt, als habe sie nie etwas von der Existenz eines sozialliberalen Stranges der deutschen Gewerkschaftsbewegung gehört. Auf diese Weise bleibt die große Chance zur – aus Sicht der Liberalismus-Forschung so essentiellen – Analyse der (wie auch immer funktionierenden) Einbettung der ABVe ins „liberale Milieu“ ungenutzt. Die Liberalismus-Forschung – so man sie denn betreiben möchte – erhält durch Brünles Arbeit primär eine reichhaltige Materialsammlung zur Schließung der genannten Lücken.

Dies festzustellen, bedeutet jedoch nicht, die große wissenschaftliche Leistung der Autorin in Zweifel zu ziehen. Wir haben kein historiographisches Werk zum Spannungsverhältnis von Bildungsethos, Liberalismus und Arbeiterbewegung von der ersten zur zweiten „deutschen Revolution“ vor uns, sondern eine buchwissenschaftliche Kärnerarbeit, die – allen unerfüllten „egoistischen“ Wünschen der Liberalismus-Forschung zum Trotz – großen Respekt verdient.

Istanbul

Hans-Georg Fleck

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Rainer Gruhlich: Geschichtspolitik im Zeichen des Zusammenbruchs. Die Deutsche Nationalversammlung 1919/20 – Reich – Revolution – Nation.**

Düsseldorf: Droste 2012 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 160), 475 S., ISBN: 978-3-7700-5309-4

Rainer Gruhlichs Untersuchung kommt, wie es heute meistens für eine Dissertation gehört (Tübingen 2008) üblich ist, mit einem hohen theoretisch-methodischen Anspruch daher, indem sie sich als „Beitrag zu einer noch zu schreibenden deutschen Erfahrungsgeschichte historischer Zusammenbrüche und Neuordnungsversuche“ versteht. (S. 13) Das Jahr 1918 stellt für den Autor die tiefste Zäsur in der deutschen Geschichte seit 1648 dar (vgl. S. 37 f) und die Weimarer Nationalversammlung war für ihn der Ort, wo dieser Umbruch hauptsächlich diskutiert und „geschichtspolitisch“ verortet wurde: „Für die Neubewertung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft bildete die Weimarer Nationalversammlung die geschichtspolitische Hauptarena.“ (S. 421) Die entsprechenden parlamentarischen Diskurse in Weimar und Berlin werden anhand der Debattenfelder Revolution, Reich und Nation dargestellt und analysiert werden. Dazu werden die Stenographischen Protokolle intensiv ausgewertet; auf die Hinzuziehung von ungedrucktem Quellenmaterial wird gänzlich, auf die von gedrucktem biographischen Quellen weitgehend verzichtet. Dafür konsultiert der Autor in großem Umfang die Sekundärliteratur, was sich nicht nur am Literaturverzeichnis, sondern auch bei den Fußnoten bemerkbar macht, die kaum ohne mehrfache Querverweise auskommen, über deren Sinn und Unsinn sich trefflich streiten ließe. Insgesamt wird sehr viel Material geboten, das seinerseits zu vielfältigen Debatten und Reflexionen anregt, denen hier unmöglich allen nachgegangen werden kann.

In diesem Zusammenhang interessiert natürlich vor allem der Ertrag für die Liberalismus-Forschung. Da die Liberalen in der Nationalversammlung nicht nur relativ stark – sie stellten fast ein Viertel der Abgeordneten –, sondern auch prominent – u. a. durch Conrad Haussmann, Wilhelm Kahl, Friedrich Naumann, Hugo Preuß (als Minister), Walther Schücking und Gustav Stresemann – vertreten waren und lebhaften Anteil an den einschlägigen Debatten hatten, ist eigentlich einiges an neuer Erkenntnis zu erwarten. Allerdings unterscheidet der Autor nicht zwischen (partei-)politischen Grundströmungen, sondern nach Lagern, also Regierungslager, Opposition von rechts und von links, mit einer gewissen Sonderrolle für den politischen Katholizismus. Diese Aufteilung läuft nun mitten durch den Liberalismus, da die DVP-Vertreter von Gruhlich mehr oder minder umstandslos dem Konservativismus zugeschlagen werden, andererseits Sozialdemokraten und liberale Demokraten häufig im Zusammenhang behandelt werden, obwohl ihre unterschiedlichen Positionen, etwa was das Bild der 48-Revolution oder Bismarcks, aber auch die Bewertung der Novemberrevolution angeht, deutlich zu Tage treten. Wo Gruhlichs Sympathien liegen, wird nicht nur dann klar, wenn er eine vermeintliche Annäherung der Sozialdemokraten an die liberale Interpretation von 1848 eher kritisch sieht. (Vgl. S. 101f).

Die Auseinandersetzung in der DDP mit den Geschehnissen des Novembers 1918 wird unter dem Stichwort „nationalliberale Umdeutung der Revolution“ subsumiert (Kap. 2,2); immerhin wird hier Neues in Bezug auf die linksliberale Perzeption der Zäsur am Ende des Ersten Weltkrieges zu Tage gefördert. An anderer Stelle, etwa in Bezug auf die Vorstellungen von der Nation, wird im Grunde nur



das bestätigt, was durch die Arbeiten von Jürgen C. Heß bekannt ist. Bei der Debatte um das „Reich“ resp. die Rolle Preußens im neuen Staat wird ein Nachteil der Lager-Einteilung deutlich, denn die Position des DDP-Abgeordneten Wilhelm Heile, lange Jahre enger Mitarbeiter Friedrich Naumanns, wird nur dann verständlich, wenn man seine landsmannschaftliche Herkunft mit in Betracht zieht: Als Hannoveraner fühlte Heile sich als „Zwangspreuße“ und trat im Gegensatz zu fast allen anderen Liberalen für eine Zerschlagung oder zumindest Verkleinerung Preußens ein. (Vgl. S. 205ff und 277), während der Berliner Gustav Stresemann in Preußen den „Urquell politischer Kraft“ sah. (S. 270) Auf Aspekte der regionalen Herkunft in den Diskursen wird zwar immer wieder hingewiesen, aber größer systematisiert werden sie nicht.

Die unterschiedlichen Geschichtsbilder und geschichtspolitischen Positionen führt Grulich zum einen auf die verschiedenen konkreten Erfahrungen zurück, die die Parlamentarier der Nationalversammlung mit dem politischen System des Kaiserreiches gemacht hatten (vgl. S. 122 u. 278 f). Das ist sicherlich ein wichtiges Erklärungsmoment für die ambivalente Position vieler Liberaler, die – teilweise lagerübergreifend – „1848 und 1871 miteinander versöhnen“ wollten, das heißt, eher den von Bismarck geschaffenen Staat erweitern oder umbauen als mit ihm brechen wollten. (Vgl. S. 118 f, 130 ff und 171 f). Am Schluss dann aber wird – etwas überraschend – auf die Modernisierungstheorie und das Theorem von der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ zurückgegriffen, in dem Grulich ein „Grundmuster“ nicht nur der Debatten in der Nationalversammlung, sondern „der modernen deutschen Geschichte“ überhaupt sieht. (S. 418) Daran, dass dies ein Spezifikum vor allem der deutschen Geschichte ist, kann man inzwischen wohl gehörige Zweifel haben, weil solche „Ungleichzeitigkeiten“ – etwa von landwirtschaftlich und industriell geprägter Lebensweise – in vielen Gesellschaften vorkommen. Das Theorem verdeckt auch die Bedeutung von anderen Faktoren, etwa Werten und Interessen, die auf politische, auch geschichtspolitische Haltungen einwirken.

Am Schluss bleibt doch ein etwas zwiespältiger Eindruck dieser Studie: Sie zeichnet die historische und geschichtspolitische Argumentation, die in der Nationalversammlung einen hohen Stellenwert hatte, sowie den Kampf um das Geschichtsbild, der auf hohem Niveau und mit Vehemenz dort geführt wurde, minutiös, allerdings nicht ohne Redundanzen nach und bettet sie in einen breiten Kontext ein. Eine Erklärung dafür aber, wie sich die politische Kultur in der Weimarer Republik entwickeln sollte, lässt sich dennoch daraus nicht so recht ableiten: Denn diejenigen Akteure, die zehn Jahre später die politische Agenda und auch die geschichtspolitischen Diskurse bestimmen sollten, nämlich die Extremisten von rechts und links, waren in der Nationalversammlung gar nicht vertreten, wie Grulich am Ende zugibt. (Vgl. S. 422) Die abschließende und eingangs zitierte Feststellung von der Nationalversammlung als „geschichtspolitische(r) Hauptarena“ ist offensichtlich doch nicht so ganz zutreffend wie angenommen. Das gilt aus Perspektive der Liberalismus-Forschung beispielsweise auch in Bezug auf eine für die Weimarer Republik so zentrale Gestalt wie Gustav Stresemann.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Ulf Morgenstern: Bürgergeist und Familientradition. Die liberale Gelehrtenfamilie Schücking im 19. und 20. Jahrhundert.**

Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh, 2012, 606 S., ISBN: 978-3-506-77353-1

Die Renaissance der Biographie ist inzwischen mehr als dreißig Jahre alt. Auch die Familienbiographie über Brüder, Schwestern, Familien und Generationen ist ein in den letzten Jahren vielfach wissenschaftlich und populär bearbeitetes Thema. Dennoch legt Ulf Morgenstern, ein Leipziger Schüler Ulrich von Hehls, eine besondere Studie vor. Er betrachtet die aus Westfalen stammende Familie Schücking über vier Generationen. Und in dieser langen Zeit von rund eineinhalb Jahrhunderten zählten fast alle Familienmitglieder zum Bildungsbürgertum. Es waren Poeten, Publizisten und Professoren, aber keine Unternehmer. Diese soziale Homogenität kreierte eine spezifische Art von bürgerlicher Traditionspflege und familiärer Rückbindung. Sie führte zu einer familieninternen Erinnerungskultur, und sie unterstützte eine intensive Weitergabe bürgerlicher Werte und Ideale. Diese besondere familiäre Konstellation ermöglichte die Abfassung einer kollektiven Familienbiographie.

Schließlich betont der Autor, inzwischen wissenschaftlicher Mitarbeiter der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh, dass seine gewichtige Studie von 500 Textseiten auf einer außergewöhnlich breiten Quellenbasis ruht. Er hat Akten und Korrespondenz aus fast vierzig staatlichen und kommunalen Archiven ausgewertet und ist darüber hinaus in etlichen Privatnachlässen vor allem der Nachfahren aus der Familie fündig geworden. Allein das Werkverzeichnis der Familie Schücking umfasst in der Bibliographie 35 klein gedruckte Seiten. Die Quellenfindigkeit und der Lesefleiß des Verfassers sind für sich genommen bereits beeindruckend.

Entstanden ist auf dieser Materialbasis ein ungewöhnlich breites Panorama einer bildungsbürgerlichen Familie in vier Generationenfolgen, und man spürt auf fast jeder Seite die Lust des Verfassers, den Leser auf eine Reise durch die Zeit mitzunehmen und an den Quellen entlang ein facettenreiches Familienbild zu entwerfen. Der Verfasser leuchtet die Personen im familiären und beruflichen Umfeld aus, spart nicht mit Nebenbemerkungen über das, was die Forschung bisher darüber weiß und was er an Neuem entdeckt hat. Es ist eine mit dem opulenten Quellenmaterial geradezu spielerisch umgehende und geschickt erzählende Familiengeschichte. Und wenn die Literatur noch die ein oder andere Lücke aufweist, so wird sie durch neue Quellen zumeist ausgefüllt. Außerdem liegen gleich mehrere zum Teil gedruckte Memoiren und Erinnerungsfragmente von Familienangehörigen vor. Und die Prominenz einiger Familienmitglieder bzw. ihre Einbindung in literarische und publizistische Kreise, wie etwa im Falle von Levin Schücking, hat dazu geführt, dass die Literaturwissenschaft zahlreiche Quellen sorgfältig ediert hat.

Der Verfasser bekennt sich methodisch zu konventionellen Verfahren. Er geht chronologisch vor und legt Wert auf einen konsequent hermeneutischen Ansatz, indem er mit Empathie den Handlungen im Kontext der Zeitläufte nachspürt. Zudem finden sich gelegentlich spitze Bemerkungen gegenüber zu beschaulichen, zu harmonischen oder auch methodisch zu einseitigen wissenschaftlichen Studien. Nur in Ausnahmefällen kommt es in der Darstellung zu Wiederholungen und Redundanzen als Folge davon,

dass der Autor die Lebensgeschichten miteinander verflochten erzählt. Inhaltlich konzentriert sich Morgenstern auf fünf hervorstechende Vertreter der Familie. Im 19. Jahrhundert stehen Levin und seine Frau Louise Schücking, geborene von Gall, im Vordergrund. Im 20. Jahrhundert werden die Brüder Lothar Engelbert, Walther und Levin Ludwig Schücking genauer betrachtet.

Der Vertraute und langjährige Freund der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff, Levin Schücking, fand bereits seit dem frühen 20. Jahrhundert das Interesse der germanistischen Forschung. Morgenstern profitiert hier von vielen Detailstudien und Editionen im Umfeld des Münsteraner Droste-Kreises. So gelingt ihm ein eindringliches Charakterbild eines umtriebigen Literaten und Publizisten, der sich, zunächst entschiedener Förderer und Anreger, wohl nicht zuletzt wegen ihrer differierenden politischen Ansichten Mitte der 1840er Jahre von der Droste distanzierte. Seine gemäßigt liberal geprägte Adels- und Monarchiekritik gingen der Dichterin entschieden zu weit und führten zu einer deutlichen Entfremdung. Nach deren Tod gehörte Levin Schücking dennoch zu denjenigen, welche seiner alten Freundin eine Biographie widmeten und sie zu den Großen der Literatur ihrer Zeit zählten. Quasi im Windschatten des Droste-Ruhms gelangte der im literarischen Feld durch seine publizistische Arbeit stets gut vernetzte Schücking zu eigener Bekanntheit. 1848/49 verfasste er als Redakteur der Kölnischen Zeitung Berichte aus der Deutschen Nationalversammlung. Er vertrat anfangs großdeutsche Ansichten, war aber zugleich mit dem Paulskirchen-Präsidenten Heinrich von Gagern bekannt, dessen kleindeutsche Haltung er 1849 schließlich selbst übernahm.

Bemerkenswert war schließlich auch Levin Schückings Verhältnis zu seiner selbstbewussten und gleichfalls literarisch tätigen Frau, mit der er eine „poetisch-geistige Ehe“ (136) führte. Weder der vermeintliche ständische Unterschied zwischen Adel und Bürgertum noch die gemischt-konfessionelle Konstellation brachten die Ehe in ernsthafte Probleme. Eher schon waren die häufigen Umzüge und die weiten Reisen zwischen Rom, Wien, Augsburg und Westfalen eine Belastung. Der relativ frühe Tod seiner Frau führte zu langen, durch emsige Arbeit geprägten Witwerjahren. Politisch zeigt sich Levin Schückings Liberalismus zumindest ambivalent, was ihn damit in jedem Fall ideenmäßig verband waren Antisozialismus und Antikatholizismus.

Nach zwei Zwischenkapiteln über die vier Kinder Levin und Louise Schückings sowie die „westfälischen Wilhelminer“, den nationalliberalen Bismarckverehrer Lothar und seine Frau Luise Schücking, wendet sich die Familienbiographie schließlich im zweiten großen Hauptteil der Enkelgeneration von Levin Schücking, den Brüdern Lothar Engelbert, Walther und Levin Ludwig Schücking, und ihren Familien zu. Der Rechtsanwalt Lothar Engelbert Schücking hatte 1908/09 mit seiner aufsehenerregenden Kampfschrift „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ ein Amtsenthebungsverfahren als Bürgermeister von Husum ausgelöst. Dies ging als „Fall Schücking“ (281) in die deutsche Verwaltungsgeschichte ein. Für die Familie wurde die Affäre zur Bewährungsprobe brüderlicher Solidarität, indem Walther und Levin Ludwig Schücking zugunsten ihres Bruders die Zeitungen mit Material gegen die preußische Regierung versorgten. Der „linksliberale Freigeist“ (342) Lothar Engelbert Schücking trat 1919 der SPD bei und engagierte sich als Pazifist und Publizist. Die „Republikanisierung der Republik“ (351), d.h. die Ausgestaltung der Weimarer Demokratie, lag ihm besonders am Herzen. Der als Heimatforscher Tätige wurde nach 1933 von der Gestapo als „Dissident“ (416) eingestuft und starb 1943.

Sein Bruder, der Anglist Levin Ludwig Schücking, ist vor allem als Shakespeare-Forscher hervorgetreten. Seine Frau Elisabeth unterstützte ihn als Übersetzerin. Nachdem sich seine Berufung durch die seit der Affäre seines Bruders bekannte linksliberale Haltung hinausgezögert hatte, gelangte er schließlich doch auf ein Extraordinariat nach Jena und von dort über Breslau nach Leipzig. Politisch betätigte er sich deutlich weniger als seine Brüder, aber er war bis 1930 Mitglied der DDP, und der

Autor attestiert ihm eine linksliberale Grundhaltung. So geriet er 1933 schnell ins Visier der Nationalsozialisten, durfte aber – trotz etlicher beruflicher Demütigungen – bis zu seiner auf eigenen Wunsch erfolgten Emeritierung 1944 lehren. Schücking blieb in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur stets integer und ragte bis zu seinem Tod 1964 als „Fossil“ (472) in die bundesrepublikanische Wissenschaftswelt hinein.

Der dritte und Bekannteste im Bunde der Brüder war der in Marburg, Berlin und Kiel tätige Völkerrechtler Walther Schücking. Befreundet mit dem Theologen Martin Rade, dem Schwager Friedrich Naumanns, wurde er Vorsitzender der Marburger Ortsgruppe der Fortschrittlichen Volkspartei und kandidierte im ausgehenden Kaiserreich vergeblich für das Preußische Abgeordnetenhaus. 1918 trat er der DDP bei und wurde zwischen 1919 und 1925 in den Reichstag gewählt. Höhepunkt seiner beruflichen Karriere war 1931 die Berufung als erster deutscher Richter an den Ständigen Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Politisch beobachtete er den Niedergang der DDP und dann „das Fiasko der Staatspartei“ (384) mit zunehmender Besorgnis. Im April 1933 wurde er aufgrund seines Linksliberalismus und Pazifismus als Hochschullehrer beurlaubt und starb 1935 im niederländischen Exil.

Der Verfasser beschreibt, analysiert und bewertet die drei Lebenswege der Schücking-Brüder präzise und nüchtern. Durch die Aussagekraft der Quellen gelingt ihm eine sehr dichte Beschreibung nicht nur des politischen und beruflichen, sondern auch des religiösen und sozialen privaten Kontexts. Ganz besonders betont er dabei immer wieder die für nicht-adelige Familien ungewöhnliche Traditionsbildung, mal als „Antrieb des geschwisterlichen Zusammenhalts“ (336), dann als „Bewußtseinsquelle“ (398) und schließlich als „konstruierter Rückzugsort“ (457) in der Bedrohungssituation nach 1933. Teil dieser stets bewusst und intensiv gepflegten familiären Tradition war ein im liberalen Denken und in liberalen Idealen tief verwurzelter bildungsbürgerlicher Lebensentwurf.

Gummersbach

Ewald Grothe

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Bastian Peiffer: Alexander von Schleinitz und die preußische Außenpolitik 1858–1861.**

Frankfurt am Main u. a.: Peter Lang 2012, 272 S., ISBN: 978-3-631-62354-1

Die Geschichte der internationalen Beziehungen und des diplomatischen Dienstes erfreut sich seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zu Recht wieder eines verstärkten Interesses der historischen Forschung. Dass es in diesem Zusammenhang durchaus auch lohnend sein kann, sich Persönlichkeiten zu widmen, die nur kurze Zeit über wichtigen Einfluss verfügten und mit ihren Konzepten gescheitert sind, zeigt die hier vorgelegte Dissertation über den preußischen Diplomaten und Außenminister Alexander von Schleinitz. Obwohl der 1807 geborene Schleinitz zwischen 1848 und 1850 und zwischen 1858 und 1861 das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten leitete, hat sich die Forschung bislang nur wenig mit seinem dortigen Wirken beschäftigt. Dies gilt in besonderem Maße für die im Zentrum der Dissertation stehende Zeit der so genannten „Neuen Ära“ zwischen 1858 und 1861, in der Preußen angesichts der Erosion des 1814/15 entstandenen europäischen Mächtekonzernts und der sich anbahnenden deutschlandpolitischen Konflikte vor neuen großen Herausforderungen stand. Lange Zeit haben vor allem kleindeutsch-preußisch ausgerichtete Historiker die von Schleinitz betriebene, scheinbar mutlose und tatenscheue Außenpolitik als ein zum Scheitern verurteiltes Konzept beschrieben und den außenpolitischen Weg seines Nachfolgers Otto von Bismarck als alternativlos verklärt. Erst in den letzten Jahren wurde wieder die schon von Historikern wie Franz Schnabel aufgeworfene Frage nach einem anderen deutschlandpolitischen Weg diskutiert, der möglicherweise wirkungsvolle Dämme gegen die zerstörerischen Kräfte einer vom übersteigerten Nationalismus bestimmten Außenpolitik hätte aufrichten können.

Ausgehend von diesen Überlegungen will Peiffer in seiner auf einer breiten Quellengrundlage aufbauenden und den Forschungsstand klug reflektierenden Dissertation analysieren, wie Schleinitz in seiner knapp dreijährigen Amtszeit auf die Auflösung des bisherigen europäischen Staatensystems reagierte und wie er sich zu der Frage eines Bündnisses zwischen den leitenden Staatsmännern und den Trägern und Konstrukteuren der nationalen Idee stellte. Nach einer knappen biographischen Annäherung an Schleinitz, in der vor allem auch das enge Vertrauensverhältnis zum späteren König und Kaiser Wilhelm I. und seiner Frau Augusta zur Sprache kommt, und einer anschaulichen Analyse des europäischen Staatensystems zu Beginn der Neuen Ära schildert der Verfasser in seiner chronologisch gegliederten Darstellung, wie Schleinitz in den europäischen und deutschlandpolitischen Konflikten vergeblich versuchte, seinem Konzept Geltung zu verschaffen. Es ist zweifellos ein besonderes Verdienst des hier vorliegenden Buches, dass es die Grundideen des Schleinitzischen Handlungskonzeptes erstmals umfassend präsentiert und nicht zuletzt durch die Analyse einer bislang als verschollen geltenden Denkschrift vom April 1860 manche vorschnell getroffenen Wertungen der älteren Forschung relativiert. Schleinitz erscheint bei Peiffer als ein Vertreter der preußischen Diplomatie, der zwar von konservativen Prinzipien geleitet wurde, aber in den mit dem Krimkrieg angebrochenen und durch den italienischen Einigungskrieg verstärkten neuen Entwicklungstendenzen der europäischen Mächtepolitik keineswegs als Relikt einer untergehenden Epoche verstanden werden sollte. Er vertrat vielmehr,

wie an vielen Stellen durch überzeugende Quellenanalysen herausgearbeitet wird, ein reformkonservatives Programm, „das liberale Prinzipien mit den ethisch-rechtlichen Basen des europäischen Konzerts zu versöhnen suchte“ (S. 221). Es ging Schleinitz in der Zeit der Neuen Ära durchaus darum, im Einklang mit dem Regenten und späteren König Wilhelm I. Macht und Einfluss des preußischen Staates zu stärken, und er hatte auch Verständnis für das Streben des liberalen Bürgertums nach Reformen und einer engeren politischen Verklammerung der deutschen Staaten. Dennoch blieb er im Unterschied zu anderen Persönlichkeiten der preußischen Politik skeptisch gegenüber einem engen Zusammengehen mit den aufstrebenden nationalen Kräften des Bürgertums. Die Erfahrungen in Italien und die im deutschen Liberalismus hervortretenden machtpolitischen Ambitionen, die in der neueren Forschung zu den bellizistischen Tendenzen jener Jahre deutlich herausgestellt worden sind, ließen bei Schleinitz die Befürchtung aufkommen, dass bei einem Bündnis mit den neuen politischen Kräften Völkerrecht und Frieden „auf dem Altar der Nation“ geopfert werden müssten. Deshalb verurteilte er in den europäischen Krisen um 1859/60 trotz Sympathien für die italienische Sache die Rechtsbrüche, die Napoleon III. und Cavour begingen und zu denen sich dann auch Bismarck berechtigt sah. Schleinitz ging es um die Respektierung von Verträgen und Völkerrecht, und auf dieser Basis wollte er als Antwort auf die neuen Herausforderungen durch ein Defensivbündnis mit Österreich ein starkes Mitteleuropa schaffen, das ebenso wie der von ihm befürwortete deutsch-französische Handelsvertrag die europäische Politik in die 1815 geschaffenen Bahnen des Gleichgewichts und des friedlichen Ausgleichs von Konflikten zurückführen sollte. Wenn dieses Vorhaben am Ende scheiterte, so hing dies auch mit persönlichen Fehlern und falschen Einschätzungen zusammen. Entscheidend war jedoch dass sowohl in Preußen selbst als auch vor allem in Österreich und bei den Staatsmännern der anderen europäischen Großmächte die Partner fehlten, um eine solche Politik des Ausgleichs einschlagen zu können. Nach Ansicht Peiffers waren daher nicht Tatenlosigkeit und Erstarrung die Kennzeichen der Schleinitzschen Außenpolitik, sondern sein Wirken erscheint eher als „Bewegung eines gegen den Strom ankämpfenden Schwimmers“ (S. 222). Für diese Sichtweise führt der Verfasser in seinen quellen gesättigten Analysen immer wieder überzeugende Belege an. Man hätte sich freilich gewünscht, dass auch manche strukturellen Faktoren der preußischen und deutschen Politik etwas mehr in die Bilanz der Schleinitzschen Außenpolitik eingeflossen wären. So richtig es auch ist, auf die bellizistischen Elemente im Denken des deutschen Liberalismus der Reichsgründungszeit und die langfristigen Folgen einer Nationalisierung der Mächtepolitik zu verweisen, so sollten doch auch die anderen Beweggründe und Zielsetzungen liberaler Politik in die Analyse einbezogen werden. Man hätte sich deshalb gewünscht, dass der Verfasser etwas mehr auch auf die Frage eingegangen wäre, inwieweit die Schleinitzsche Politik den von den Liberalen immer lauter artikulierten verfassungspolitischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Nation hätte gerecht werden können. Ungeachtet solcher kritischer Einwände bleibt aber festzuhalten, dass das Buch wichtige neue Einblicke in Handlungsspielräume und Entscheidungsprozesse der preußischen Außenpolitik im Vorfeld der Reichsgründung gibt.

Jena

Hans-Werner Hahn

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. Biographie.**

München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2012, 672 S., 64 Abb., ISBN: 978-3-421-04481-5

Eine neue Heuss-Biographie aus der Feder des Journalisten und Biographen Peter Merseburger, der mit lesenswerten Arbeiten über Kurt Schumacher, Rudolf Augstein und Willy Brandt hervorgetreten ist, gilt es anzuzeigen. Auf knapp 700 Seiten legt er eine Darstellung über den ersten Bundespräsidenten vor, dessen Lebensspanne vom Kaiserreich bis in die – heute muss man sagen: alte – Bundesrepublik Deutschland reichte und damit eine an fundamentalen Umwälzungen besonders reiche Phase deutscher Geschichte umfasst. Die mittlerweile auch als wissenschaftlich zulässiges Genre wieder auferstandene Biographie ist vielleicht sogar besonders gut geeignet, ein derart unterschiedliche Zeiten übergreifendes Thema wie den enorm vielfältigen Lebensweg von Heuss in den Griff zu kriegen. Der Untertitel des neuen Werks „Der Bürger als Präsident“ sollte niemanden zu dem Trugschluss verleiten, es gehe hier ausschließlich oder auch nur überwiegend um die Präsidentenjahre 1949–1959.

Die eher unspektakulären Anfänge des politischen Lebensweges von Heuss im späten Kaiserreich, als ‚junger Mann‘ von Friedrich Naumann schildert Merseburger interessant und zügig, ebenso die mal mehr, mal weniger erfolgreichen Reichstagskandidaturen in der Weimarer Republik und Heuss' journalistische Aktivitäten, unter anderem als Redakteur bei der „Hilfe“, einem „Leitmedium für junge liberal denkende Akademiker“ (79). Daneben steht das Privatleben, vor allem die von Naumann beförderte moderne Ehe (79) mit Elly Knapp, deren Bedeutung für Heuss man kaum überschätzen kann. In dieser Zeit legte er den Grundstein für das breitgespannte Netzwerk von Personen, mit denen er vielfach lebenslang Kontakte pflegte, oft in Form von Briefen, von denen Heuss in seinem Leben sicher über 60.000 geschrieben hat – ein Œuvre, das seinesgleichen sucht.

Buchstäblich und vielleicht nicht zufällig in der Mitte des Textes stellt Merseburger ein mit über 70 Seiten vergleichsweise umfangreiches Kapitel unter der Überschrift „Ein Ja, das aus der Lebensgeschichte nicht auszulöschen ist“. Zusammen mit seinen vier Fraktionskollegen von der Deutschen Staatspartei stimmte Heuss für das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, also das berühmte „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März 1933, obwohl er unbestritten zusammen mit Hermann Dietrich fraktionsintern gegen das Gesetz argumentierte, während Reinhold Maier, Ernst Lemmer und Heinrich Landahl für Zustimmung plädierten. Mit großem Einfühlungsvermögen und Bereitschaft zu differenzierter Betrachtung legt Merseburger die Umstände und Überlegungen ausführlich dar, die letztlich zu geschlossenen Abstimmungsverhalten der DStP-Fraktion führten. Aber auch die Art und Weise, in der Heuss mit diesem Kapitel seiner Lebensgeschichte später umgegangen ist, kommt nicht unkritisiert davon.

Heuss emigrierte danach nicht, obwohl seine kritische Haltung zu Hitler und Nationalsozialismus allemal Anlass dazu gegeben hätten. Stattdessen schlug er sich, gemeinsam mit seiner Frau, 12 Jahre lang durch, mit Biographien über Naumann und den Architekten Poelzig und anderen publizistischen Arbeiten zunächst vergleichsweise ohne große Probleme, wenn auch unter einem Pseudonym. 1943 verlässt er dann jedoch Berlin, aus mehrerlei Gründen, zu denen auch Sicherheitsüberlegungen gehö-

ren. Zum Widerstand im engeren Sinne gehörte Heuss aber sicher nicht, auch wenn er den einen oder anderen etwa aus dem Goerdeler-Kreis kannte.

Hier urteilt, anders als sonst, Merseburger selbst, der sich zumeist auf die schon vorhandenen Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, vor allem auf die Arbeiten von Jürgen C. Heß, Ernst Wolfgang Becker, Thomas Hertfelder oder Jürgen Frölich stützt, an deren Urteile und Wertungen er sich in der Regel anlehnt. Bevor dies als Kritik missverstanden wird: Die weit verstreute und ja nicht gerade knappe Forschung zu Heuss – in einem Literaturverzeichnis zusammengestellt – in einer Synthese zusammenzufassen, differenziert argumentierend und dabei stets gut formulierend, ist eine große Leistung. Wie so oft braucht es dann vielleicht auch einen etablierten Namen wie den Merseburgers, um ein solches Buch auf dem Büchermarkt in solcher Aufmachung und an prominenter Stelle zu platzieren. Gerne lässt Merseburger darin Heuss auch selber sprechen, zitiert aus dessen Reden oder zahlreichen, mittlerweile wenigstens teilweise edierten Briefen.

Das heutzutage weit verbreitete Bild vom „Papa Heuss“, der in typischer Manier mit Rotwein und Zigarre die frühe Bundesrepublik gemütlich repräsentierte, ruft wohl einen falschen, zumindest aber unvollständigen Eindruck hervor, denn Heuss konnte streiten und hatte dabei durchaus auch ein langer Gedächtnis. Nur einige Beispiele, die sich Merseburger vorgenommen hat, seien hier erwähnt. Schon in der Weimarer Republik konnte Heuss mit Stresemann nicht, wofür es zeitgenössisch durchaus Gründe gab: Stresemanns Haltung beim Sturz Bethmann-Hollwegs 1917 und zum Kapp-Putsch etwa teilte Heuss nicht. Aber Stresemann auch in den fünfziger Jahren noch die Aufnahme in „Die großen Deutschen“ zu verwehren, ist nicht so ohne weiteres nachzuvollziehen und wirkt beinahe kleinlich. Während Heuss hier letztlich obsiegte, unterlag er in dem Konflikt mit Adenauer über die zunächst ja jenseits der Buchstaben des Grundgesetzes in Maßen offene Ausgestaltung ihrer beiden Ämter, dem des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers, und es kam zur „Kanzlerdemokratie“ (A. Baring). Dabei kannten sich beide aus der Arbeit im Parlamentarischen Rat gut, respektierten sich durchaus und waren zudem über die Grundlinien der Politik einig. Ein weiteres Beispiel für den keineswegs konfliktscheuen Heuss stellt der Kampf mit Dehler (der im Personenregister fehlt) dar, den der Bundespräsident zunächst durchaus auch zu schätzen wusste. Nach Auseinandersetzungen um sein Amt legte sich Heuss dann aber massiv ins Zeug, um 1953 Dehlers erneute Ernennung zum Bundesminister der Justiz zu verhindern. Zusammen mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Höpker Aschoff gelang es ihm, was Dehler allerdings nicht so recht übel nahm, weil es ihm, sicher unbeabsichtigt, postwendend den Weg zum Fraktions- und Parteivorsitz öffnete.

Erst als erster Bundespräsident der damals neuen Bundesrepublik Deutschland erlangte Heuss die Bedeutung, die ihm heute zugemessen werden muss. Und so ganz falsch ist das in den Jahren seit 1949 entstandene unpräzise Heuss-Bild aber natürlich nicht. Er repräsentierte den Staat nach innen und außen zehn Jahre lang mit einer Gelassenheit und Unaufgeregtheit, die als Maßstäbe für seine Nachfolger im Grunde bis heute gelten. So tat Heuss wohl gut daran, dem neuen Staat Orden und Auszeichnungen und damit der jungen Republik die Möglichkeit zu geben, Verdienste auszuzeichnen. Gleichzeitig schufen diese Symbole die Möglichkeit zur Identifikation. Nicht minder gekonnt ist seine Reaktion auf die Studenten in Oxford, die 1958 ihn, immerhin das Staatsoberhaupt einer verbündeten Macht, mit den Händen tief in den Hosentaschen begrüßten. Was er in England überhaupt nicht wahrgenommen hatte – so jedenfalls Heuss im Nachhinein –, führte dann anhand von Photographien in Deutschland zu einer öffentlichen Debatte, während der Präsident sehr entspannt reagierte und auf den alles in allem gut verlaufenen Staatsbesuch, seinen letzten, verwies. Nicht minder stilprägend war sein Wirken durch öffentliche Reden. Hier setzte er Akzente, durchaus auch schon mal in kritischer



Distanz zur Tagespolitik. Ein besonders wichtiges Thema für Heuss war dabei die Zeit der NS-Herrschaft, er sprach hier sogar von „Feldzüge[n] gegen die Vergangenheit“ (487). Besonders hervorzuheben ist hier seine Ansprache zum 10. Jahrestag des Attentats auf Hitler. Trotz des zu erwartenden Protestes alter Nazis und anderer ewig Gestriger würdigte er die Attentäter ohne Wenn und Aber. Nicht alles aber, was er in diesem Kontext gesagt und getan hat, blieb unkritisiert. So bewertet Ralph Giordanos den von Heuss in Abgrenzung zur Kollektivschuldthese schon 1949 in den Vordergrund gerückten Begriff der „Kollektivscham“ als „Indiz für sich in der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit manifestierende ‚zweite Schuld‘ der Deutschen“ (483). Damit dürfte er, wenigstens mit Blick auf Heuss, weit übers Ziel hinausschießen. Dass man aus heutiger Sicht und mit vermehrter Kenntnis dessen Eintreten für die Freilassung des ehemaligen Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Ernst von Weizsäcker kritisch beurteilen kann, steht auf einem anderen Blatt.

Das vielfältige und abwechslungsreiche Leben von Theodor Heuss gibt, so wie Merseburger es schildert, einen Überblick in die Zeit zwischen spätem Kaiserreich und den sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Dem Buch merkt man an: Hier schreibt jemand, der Heuss als Bundespräsident noch erlebt hat und wenigstens insofern auch als Zeitzeuge schreiben kann. Die nächste Heuss-Biographie wird wohl jemand vorlegen, der dann – nur noch – auf der Grundlage von Ton- und Filmaufzeichnungen sowie Akten und anderen Quellen arbeitet. Gut, dass es daneben Merseburgers Biographie geben wird.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

### Gottfried Niedhart: Die Außenpolitik der Weimarer Republik.

3., akt. und um einen Nachtr. erw. Aufl. (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 53) München: Oldenbourg, 2013, 159 S., ISBN: 978-3-486-71600-9

Wenn einer der Bände der im Verlag Oldenbourg erscheinenden Reihe „Enzyklopädie Deutscher Geschichte“ unter der Rubrik Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismusforschung besprochen wird, so muss das einen Grund haben. Im diesem Falle ist er offenkundig und mit nur einem Namen zu benennen: Stresemann. Wäre Gustav Stresemann nicht einer der führenden Liberalen der Weimarer Republik und zugleich von 1923 bis 1929 einer der großen liberalen Außenminister in Deutschland während des 20. Jahrhunderts gewesen, gäbe es hier keine Besprechung dieses jüngst in 3. Auflage erschienen Bandes.

Vorweg sind zwei Dinge kurz festzuhalten. Zum einen ist der Weimarer Innenpolitiker Stresemann kaum Gegenstand des Bandes und damit auch nicht Thema der Besprechung. Gleichwohl ist diese Dimension des Stresemann'schen Agierens immer mitzudenken; vielleicht müsste man sogar die wechselseitigen Abhängigkeiten der beiden Politikfelder, also das Ermöglichen einer bestimmten Außenpolitik durch innenpolitische Konstellationen oder umgekehrt bestimmte außenpolitische Aktionen aus innenpolitischen Gründen stärker in den Blick nehmen, und zwar nicht nur in einem biographischen Rahmen. Die innenpolitischen Voraussetzungen und Konsequenzen der Weimarer Außenpolitik gehören eigentlich auch zu deren Darstellung und Analyse, was niemand besser weiß als Niedhart. Aber hier wirkt sich die Konzeption der Reihe aus, die eine strikte Trennung von Innen- und Außenpolitik zum Prinzip erhoben hat.

Hier ist aber, zweitens, nicht der Ort, die Vorteile und vielleicht auch das eine oder Manko der verdienstvollen Oldenbourg-Reihe festzuhalten, deren Bände sich jeweils in drei Teile gliedern: Enzyklopädischer Überblick, Grundprobleme und Tendenzen der Forschung, Quellen und Literatur. Trotzdem ist diese Dreiteilung für die Besprechung relevant. Denn den Überblick über die Weimarer Außenpolitik erledigte Niedhart schon für die erste Auflage 1999 – im positiven Sinne – gewohnt routiniert; er ist seither im Wesentlichen unverändert. Eine Nacherzählung der Weimarer Außenpolitik, die letztlich nicht anderes wäre als die Nennung hinlänglich bekannter Stichworte, soll hier dem Leser erspart bleiben. Stets kreist sie um die Fragen der Revision des Versailler Vertrages und des Fortbestands einer deutschen Großmachtrolle einerseits sowie die Herstellung einer stabilen europäischen Friedensordnung andererseits. Der Überblick über die Forschung wurde für die vorliegende dritte Auflage von Niedhart hingegen erneut überarbeitet; die Ergebnisse sind, zusammen mit 211 neuen Literaturangaben, in einer 20-seitigen Ergänzung zusammengefasst. Dabei kommt es zu einer extrem ärgerlichen Doppelung des Nummerierungssystem. Man weiß nie, ob auf das alte Literaturverzeichnis oder auf die Nachträge verwiesen wird.

Schon in der älteren Fassung des Forschungsüberblicks hatte Niedhart eine der lange Zeit zentralen Diskussionen als faktisch abgeschlossen beschrieben, nämlich die über Stresemanns außenpolitische Ziele. Laut Niedhart neigt die neuere internationale Forschung ganz überwiegend der Auffassung zu,

seine Entspannungspolitik sei nicht nur taktisch begründet gewesen, sondern habe eine stabile europäische Friedensordnung als Ziel gehabt. Ins Biographische gewendet bedeute dies auch einen persönlichen Lernprozess, nicht zuletzt angesichts des hohen Preises, den das Deutsche Reich für die wilhelminische Außenpolitik zu zahlen hatte. Dass dies keinen Verzicht auf eine deutsche Großmachtrolle bedeuten musste, steht auf einem anderen Blatt. Als „treffend“ (94) bezeichnet Niedhart vor allem die These von einer Modernisierung der deutschen Außenpolitik unter Stresemann, „auch wenn das dem liberalen Modell der Friedenssicherung (wirtschaftliche Verflechtung, kollektive Sicherheit, Demokratisierung) verpflichtete Konzept nicht wie gewünscht realisiert werden konnte“, wohl nicht zuletzt wegen des frühen Tods Stresemanns.

Insofern ist die Außenpolitik der Weimarer Republik eine unvollendete Geschichte, die am Ende des Ersten Weltkriegs, der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, plötzlich begann und deren Entwicklung eigentlich schon 1929, spätestens aber mit dem 30. Januar 1933 abgebrochen wurde. Vor diesem Hintergrund spielt die Frage nach Kontinuität zum Kaiserreich eine große Rolle. Da die Weimarer Republik erst nach 1945/49 wirklich Gegenstand der geschichtswissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland wurde, stellte sich auch hier wieder die Frage nach möglichen Vorläufern. Dafür führt Niedhart vor allem französische Kronzeugen an, ebenso aber für die Warnung, es mit der oft von politischen, nicht wissenschaftlichen Interessen geleitete Suche nach Kontinuitäten nicht zu übertreiben, die letztlich die Weimarer Republik ihrer historischen Eigenständigkeit berauben würde. Andererseits kann man, auch angesichts der personellen Verbindungen, die Frage nach den inhaltlichen Wurzeln und Vorläufern der Weimarer Außenpolitik im Kaiserreich und Weltkrieg, aber auch nach methodischen Unterschieden nicht ignorieren, denn sie zielt auf deren natürliche Vergleichs- und Bewertungsmaßstäbe, ohne die eine historische Einordnung unmöglich ist.

Auch für die Jahre vor und nach Stresemann weist Niedhart zwar auf eine ganze Reihe neuerer Arbeiten zur Weimarer Außenpolitik hin, die aber keine grundsätzlichen Neuerkenntnisse gebracht haben. Trotzdem kann man den vorliegenden Band als besonders aktuelles und nützlich aufgebautes Handbuch nur empfehlen. Einfacher und zügiger kann man sich weder einen aktuellen Überblick über die Weimarer Außenpolitik verschaffen noch über den derzeitigen Stand der Forschung informieren.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Detlef Lehnert: Das pluralistische Staatsdenken von Hugo Preuß.**

Baden-Baden: Nomos 2012 (Staatsverständnisse, Bd. 46), 220 S., ISBN: 978-3-8329-4351-6

Auf die kulturellen Wandlungsprozesse in der Bundesrepublik in den 1960er Jahren reagierten die damaligen Eliten mit einer Debatte über die Grundlagen der Demokratie. Eines der Konzepte war die von Ludwig Erhard 1965 im Bundestag vorgestellte „formierte Gesellschaft“. Darunter dachte sich der Bundeskanzler eine Gesellschaft, die ihre Ordnung nicht in pluralistischem Interessenstreit und sozialen Kämpfen gewinnt, sondern aus dem Zusammenwirken aller Gruppen zum allgemeinen Wohl. Das Gegenvotum zu diesem gleichsam amputierten Pluralismus lieferte Ralf Dahrendorf mit seiner – am angelsächsischen Modell geschulten – Analyse und dem Fazit, dass es der deutschen Demokratie an Liberalität und der Bereitschaft zum Konflikt mangle.

Bemerkenswerter Weise rekurrierte Dahrendorf damals nicht auf Hugo Preuß, was aber durchaus nahegelegen hätte. Inzwischen ist die Preuß-Rezeption nun ein ganzes Stück weiter – kürzlich hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, Hugo Preuß zum „Vordenker“ einer Pluralismus-Theorie erhoben und dessen Ideal, den genossenschaftlichen Gedanken der Organisation von unten nach oben, als Basis von Demokratie und Republik bezeichnet.

Sicherlich hat die gegenwärtige Rezeption von Hugo Preuß als einem bedeutenden Verfassungstheoretiker viel mit der mustergültigen Edition seiner „Gesammelten Schriften“ (bisher drei Bde, Tübingen 2007ff.) zu tun. Auch das Engagement der Hugo-Preuß-Stiftung trägt dazu bei. Da kommt Lehnerts Abhandlung gerade zur rechten Zeit, um jenseits der Arbeiten von Preuß an der Weimarer Verfassung das aktuelle Potential seiner Denkansätze aus Kaiserreich und Weimarer Staat zu prüfen.

Im vorliegenden Band informiert Lehnert, der auch Präsident der genannten Stiftung ist, in knappen, problemorientierten Abschnitten über wesentliche Aspekte des Staatsdenkens von Preuß: Körperschaften und Bürgergenossenschaft, föderativer aber zentraler Staatsaufbau, parlamentarisches Regierungssystem und Parteien, Obrigkeitsstaat und Volksstaat, Gewaltenteilung u. a. Die Auseinandersetzung über diese Bereiche ist von Gewinn, weil Lehnert hier Preuß' Auffassungen einerseits in den Kontext der staatsrechtlichen Debatte der jüngeren und älteren Generation gestellt werden (z.B. Laband, Jellinek, Kelsen, Heller, Anschütz). Dabei fällt hier eher – natürlich in ganz unterschiedlichem Maß – die Differenz auf, während andererseits beim Vergleich mit Theoretikern des Pluralismus in Frankreich (Leon Duguit), USA (William James, Mary Parker Follet), England (Harold Laski), aber auch in der Schweiz (Dietrich Schindler) und beim holländischen Staatsdenker und Frühpluralisten Hugo Krabbe die Nähe von Hugo Preuß zum „Westen“ deutlich wird.

Preuß' Modell des Staatsaufbaues – organisch und genossenschaftlich, mit Kommunen, Länder und Reich als föderalen Gebietskörperschaften, prinzipiell gleichwertig – stützte sich auf die Analyse des englischen Parlamentarismus und des mittelalterlichen Städtewesens. Leitmotivisch folgt die Argumentation Lehnerts der Frage nach der Position von Preuß zwischen Linkliberalismus und Sozialdemokratie, der Möglichkeit eines – von Preuß selbst so genannten – „dritten Weges“: „Unfruchtbar“, so

Preuß 1892, seien sowohl ein absoluter Individualismus wie ein absoluter Sozialismus, zwischen dem „starrten Privateigentum und dem absoluten Gemeineigentum“ gebe es eine „dritte, sehr ersprießliche Möglichkeit“ (S. 125).

Bedeutet dieser „dritte Weg“ eine Abkehr vom politischen oder ideellen Liberalismus? Mit scheint dies – anders als Lehnert durchaus vereinbar mit dem liberalen Denken vor und nach 1848, als Beispiel sei der von Preuß stark betonte Grundsatz des „Self Government“ erwähnt. Auch das allgemeine und gleiche Wahlrecht wird nicht mit der Gleichheit aller Staatsbürger begründet, sondern erhält bei Preuß einen pluralismustheoretischen Vorbehalt: „Der moderne Rechtsstaat jedoch beruht auf der reichsten Verzweigung eines Systems von Ungleichheiten, welche durch mannigfachste gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse den Höchsten mit dem Niedersten verbinden. Eine Blüte dieses organischen Systems ist der Parlamentarismus“ (S. 89).

Ebenso deutet die nach 1900 von Linksliberalen in einigen Kommunen praktizierte politische Koalition mit der Sozialdemokratie nicht notwendig auf eine Wesensverwandtschaft der beiden Kräfte, sondern bei Preuß' Ansatz der Kommunität kann dies als „soziale Komplementärscheinung“ der modernen urbanen Kultur zum Zweck der gesellschaftlichen Modernisierung interpretiert werden.

Es bliebe zu diskutieren, ob Preuß die Entwicklungsmöglichkeiten des kaiserzeitlichen Obrigkeitsstaates nicht etwas unterschätzt hat: Als Negativ für die Verfassung des damit positiv kontrastierenden pluralistischen Staatswesens erfüllt er seine Funktion, jedoch ließen sich zahlreiche Beispiele eines sukzessiven Wandels nennen – Aushandlungsprozesse der Fraktionen und Reichstagskommissionen, Parteienkonkurrenz, öffentlicher Meinungsmarkt u.a. Das parlamentarische System beruhe, so Preuß, auf der wechselnden Herrschaft der Parteien, letztere seien nicht Selbstzweck, sondern „Mittel parlamentarischer Regierungsbildung“ (S. 145). Ein Satz, der für die politische Entwicklung der Weimarer Demokratie von Bedeutung war – Preuß starb 1925, am Ende der Republik wäre sein Urteil wohl nicht anders ausgefallen.

„Unentbehrliche Komponente seines pluralistischen Staatsverständnisses“, sei, so Lehnert, das „Erfordernis eines verfassungsbegründenden Minimalkonsenses“ (S. 193). Wie dieser Konsens abzuleiten und zu begründen ist, ist die eigentliche Frage. Gegensätze in einer „Volksgemeinschaft“ aufzuheben, hielt Preuß für wenig aussichtsreich, stattdessen erhoffte er, so Lehnert, von der „möglichst breiten und aktiven Partizipationsbasis einer Verfassungsdemokratie als Bürgergenossenschaft die Ausbalancierung des geregelten Konfliktaustrags zu einer hinreichenden Konsensbasis“ (S. 136).

Preuß' Staatsdenken wurzelt zwar im szientistischen Weltbild des 19. Jahrhunderts, geht aber zugleich darüber hinaus und vermittelt dem heutigen liberalen Demokratie- und Verfassungsverständnis vielfältige Anregungen. Dafür gibt Lehnert einen konzisen Überblick, der an der Bedeutung von Preuß für die gegenwärtigen Debatten zur Demokratie keinen Zweifel lässt. Ein kleiner Wermutstropfen ist der Verzicht des Autors auf die genaue Quellenangabe seiner zitierten Preuß-Texte. Titel und Entstehungsdatum der Beiträge muss man sich aus den entsprechenden Bänden herausuchen.

Berlin/Gummersbach

Wolther von Kieseritzky

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Klaus Weber: Der Linkliberalismus in der Bundesrepublik um 1969. Konjunktur und Profile.**

Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Verlag, 2012 (Jenaer Beiträge zur Geschichte , Bd 11), 376 S., ISBN: 978-3-631-63940-5

Untersuchungen der Entwicklung des bundesdeutschen Liberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere der Freien Demokratischen Partei, scheinen unter Zeithistorikern (und zum Teil auch unter Politikwissenschaftlern) kein besonders beliebter Forschungsgegenstand zu sein. Denn kaum anders lässt sich erklären, dass lange Phasen der Geschichte der Partei seit ihrer Gründung im Jahr 1948 – trotz bester Quellenlage – bislang wissenschaftlich nicht näher oder zumindest nicht besonders detailliert beleuchtet wurden. Insofern stellt die nun von Klaus Weber vorgelegte Studie über den „Linkliberalismus in der Bundesrepublik um 1969“ durchaus eine Besonderheit dar.

Der Autor hat es sich in seiner an der Friedrich-Schiller-Universität Jena erarbeiteten geschichtswissenschaftlichen Dissertation zur Aufgabe gemacht, der Frage nachzugehen, warum und wie der Linkliberalismus seit der Mitte der 1960er Jahre zu einer die Programmatik der FDP prägenden, vielleicht sogar den öffentlichen Diskurs mitbestimmenden politischen Leitidee werden konnte. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Herausforderungen, (innen)politischen Debatten und Probleme sowie der ökonomischen Entwicklung während des Untersuchungszeitraums versucht Weber, anhand von vier ausgewählten „Protagonisten“ (Kap. 1.2) die konjunkturellen Phasen des Linkliberalismus abzuleiten. Dabei stehen Hildegard Hamm-Brücher, Ralf Dahrendorf, Karl-Herman Flach und Werner Maihofer, ihr jeweiliges politisch-programmatisches Denken, ihr Handeln in Partei oder Regierungsamt sowie ihre Wahrnehmung im öffentlichen Raum im Zentrum der Betrachtung.

Weber selbst gibt im „Methodik und Forschungsstand“ gewidmeten Unterkapitel seiner Einleitung zu, dass die Konzentration auf gerade diese vier Persönlichkeiten „nicht ganz unproblematisch“ sei (S. 15), sieht seine Auswahl jedoch durch die Selbstdefinition dieser Personen, wie im Falle Hamm-Brücher, oder durch die Positionierung innerhalb des damaligen programmatischen Spektrums der FDP legitimiert, wie insbesondere bei Werner Maihofer. Dass die Erarbeitung einer akademischen Qualifikationsschrift, gerade bei einem bisher so vernachlässigten Themenkomplex wie dem Linkliberalismus, gewisse Fokussierungen notwendig macht, ist verständlich. Jedoch wäre zumindest aus der Perspektive der historischen Liberalismusforschung, eine breiter angelegte Betrachtung der „Konjunktur“ des Linkliberalismus wünschenswert gewesen, wie beispielsweise auch die Rolle des damaligen FDP-Bundesvorsitzenden Walter Scheel, weiterer Akteure wie Günter Verheugen, Karl Moersch oder Theo Schiller sowie der Diskussionsprozesse mit Jungdemokraten und dem Liberalen Studentenbund Deutschlands.

Die Beschränkung auf die vier wichtigsten Vertreter des Linkliberalismus um 1969/70 gibt dem Autor wiederum die Möglichkeit der intensiven Auseinandersetzung mit ihren inhaltlichen Positionen und der Analyse ihrer Einflussphäre. Dabei folgt er der spannenden Grundfrage, ob diese Personen den

Linksliberalismus als politisch relevanter Strömung, zwar unabhängig voneinander, aber mit vergleichbaren Zielvorstellungen, formiert haben oder ob sie selbst „nur“ von – der wissenschaftlich inzwischen gut untersuchten – Aufbruchstimmung und Öffnung der Gesellschaft während der 68er-Bewegung profitierten und in politische Entscheidungspositionen kamen. Konsequenterweise klopft Weber in den drei Kapiteln des Hauptteils, die teilweise sehr wertend mit „Der Aufbruch“, „Der (zu) frühe Zenit“ und „Das Scheitern auf halber Linie“ überschrieben sind, die Biographien seiner vier „Protagonisten“ auf eben diese Entwicklung hin ab.

Die detaillierte, auch auf Ego-Dokumente gestützte Schilderung der wechselvollen Lebensläufe der betrachteten Persönlichkeiten, die in diesen Jahren (mit Ausnahme Hamm-Brüchers) zwischen akademischem bzw. publizistischem Dasein auf der einen und politischer Praxis auf der anderen Seite wandelten, bildet daher auch den Hauptbezugspunkt der Gliederung. Dieser eher methodisch als inhaltlich begründeten Periodisierungsstruktur entsprechen auch die jedem Hauptkapitel vorangestellten konzisen und zugleich anschaulich formulierten Darstellungen der Entwicklungen in der Bundesrepublik und dem organisierten Liberalismus. Diese Hinführungen erweisen sich für den Leser durchaus als hilfreiches „Instrument“, um die Wirkungszusammenhänge zwischen allgemeinen oder innerparteilichen politischen Entwicklungen und persönlichen (Lebens-)Entscheidungen der Personen einordnen zu können.

In einzelnen Fällen kann man freilich zu anderen Bewertungen kommen, sowohl was die Ursachen einzelner Umstände anbelangt als auch deren Konsequenzen betreffend, wie beispielsweise die Darstellung der Neuorientierung Hildegard Hamm-Brüchers durch ihre Rückkehr nach München als „Kariereknick“ zeigt (S. 198). Doch unbesehen solcher Lesarten biographischer Entwicklungen kommt Weber zu dem deutlich belegten Schluss, dass die linksliberalen Altvorderen durch ihr Wirken innerhalb der FDP nicht nur die Ausrichtung der Partei, sondern seit Mitte der 1960er Jahre als führende Intellektuelle in politischen Ämtern und insbesondere qua ihrer publizistischen Tätigkeit den öffentlichen Diskurs hin zu einer „Liberalisierung“ (S. 317) der bundesdeutschen Gesellschaft beeinflusst haben. Dass es ihm durchweg gelingt, die untersuchten Personen einer individuellen Betrachtung zu unterziehen und für deren politische Leistung zugleich den Maßstab des kritischen Urteils des Historikers anzulegen, ist verdienstvoll.

In der Gesamtschau verfolgt Weber mit seinem Ansatz eine durchaus lobenswerte Unternehmung, zumal er beansprucht, dass mit seiner Arbeit eine „Forschungslücke geschlossen“ wird (S. 23). Dass er hierfür neben der gängigen Forschungsliteratur intensiv die verfügbaren Archivalia eingesehen hat und für sein Vorhaben durch Zeitzeugen-Interviews sogar Quellen der oral history nutzbar gemacht hat, verstärkt die Qualität seiner Forschungsergebnisse. Trotz der angesprochenen methodologischen Unwägbarkeiten und auch mancher inhaltlicher Redundanzen (aufgrund der einzelnen Kapitelzusammenfassungen), hat der Autor eine fundierte Darstellung über vier führende „links“ – oder vielleicht besser: – „sozialliberale“ Persönlichkeiten vorgelegt, deren Lektüre bereichert und sicherlich auch als Impulsgeber für die weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit der Entwicklung liberaler Programmatik in der jüngeren Geschichte dienen kann.

Stuttgart/Tübingen

Jochen Merkle

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Béatrice Bonniot : Homme de culture et républicain des raison. Carl Heinrich Becker, serviteur de l'Etat sous la République de Weimar (1918–1933).**

Frankfurt am Main: Peter Lang, 2012, 494 S. ISBN: 978-3-631-63171-3

Andreas Wirsching, der auf deutscher Seite die vorliegende *cotutelle de thèse*, eine bi-nationale Dissertation über das politische Wirken des Orient- und Islamwissenschaftlers Carl Heinrich Becker betreut hat, ist zuzustimmen, wenn er sich gleich zu Beginn seines Geleitwortes einer zentralen Feststellung der Autorin anschließt, nach der Beckers „Bekanntheitsgrad heute nicht mehr besonders groß ist“, obwohl dieser doch „fraglos eine der interessantesten Gestalten der Weimarer Republik“ (S. 13) war. Mit Béatrice Bonniot hat sich eine Französin der „vernunftrepublikanischen“ Karriere eines Mannes angenommen, der bis weit in den ersten Weltkrieg hinein deutsche Chauvinismen teilte, zuvor aber einiges mit dem ungleich bekannteren Harry Graf Kessler gemein hatte. Materiell unabhängig hatte der in Amsterdam geborene Millionärssohn Becker schon als Student die Welt kennengelernt, er zählte zu den aufgeschlossenen Weltbürgern des Kaiserreichs, für die das europäische Ausland und der Nahe Osten selbstverständliche Ziele ihrer Bildungsneugier waren.

Carl Heinrich Becker verfügte über erhebliche finanzielle Mittel und konnte als begabter Orientalist seine wissenschaftliche Karriere entspannt angehen. In ihm einen zweiten Aby Warburg sehen zu wollen, geht vielleicht zu weit. Allerdings konnte der junge Heidelberger Privatdozent sich ohne Furcht vor einem beruflichen Scheitern vom philologischen Mainstream der deutschen Orientalistik abwenden und eine praxisbezogener Islamkunde einfordern. Dass die auf seinen Reisen gewonnenen Einsichten ihn zunächst zum einzigen Vertreter dieser Richtung machten, empfahl ihn 1908 für einen Lehrstuhl für Geschichte und Kultur des vorderen Orients am Hamburgischen Kolonialinstitut, 1913 wechselte Becker als Ordinarius nach Bonn, 1916 nach Berlin. Mittlerweile galt der Islamwissenschaftler mit den gediegenen Umgangsformen des gehobenen Bürgertums auch als Hochschulreformer. In Berlin wurde ihm bald eine Stelle als Referent im Kultusministerium angeboten; er verließ das Haus erst 1930 nach langen Ministerjahren.

Béatrice Bonniot untersucht diese Zeitspanne. Becker machte sich in verantwortlicher Position aber nicht nur an die Umsetzung seiner Pläne zur Ergänzung des Hochschulwesens um praktische, auf das Studium des Auslands bezogene Abteilungen oder Fakultäten – für die er übrigens geharnischte Kritik von Vertretern der reinen akademischen Lehre wie den Philosophen und Pädagogen Litt und Spranger bekam. Als parteilosem Minister war er bald auch mit dem großen Feld des im demokratisch-republikanischen Sinne zu reformierenden Schulwesens befasst. Bonniot arbeitet überzeugend heraus, dass Becker beide Problemfelder so weit es irgend ging aus dem Blickwinkel der die Parteigrenzen überschauenden Vernunft anpackte. Ihr von dem Motiv der „Vernunft“ abgeleiteter Zugriff auf Beckers politisches Handeln ist schlüssig, wenn er auch nicht darüber hinweg täuschen kann, dass Becker kein „Vernunftrepublikaner“ in Meineckeschem Sinne war, zumindest nicht so, wie Nachgeborene sich



schablonenhaft die zu demokratischer Vernunft gekommenen Herzensmonarchisten vorstellen.<sup>1</sup> Becker fügte sich in das Notwendige und trug seinen Teil zum Gelingen einer die Republik tragenden Bildungspolitik in Preußen bei. Dass er oft zu wenig gegen die demokratiefeindlichen Kräfte tat, warfen ihm Teile der Sozialdemokraten wiederholt vor. Umgekehrt missbilligten rechte Kräfte seine demokratiefördernde, vor gelegentlichen Oktroys nicht zurückschreckende Personalpolitik. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu erstaunlich, wie lange Becker mit seiner auf Ausgleich der Lager und Stützung der Republik ausgerichteten Politik zwischen den Stühlen der Fraktionen sitzen konnte. Für den von der Wissenschaft und die Wissenschaftspolitik Gewechselten kam nach seinem Ausscheiden aus dem Ministerium der Wiedereinstieg in seine Universitätslaufbahn, an der Universität Berlin sogar an prominentester Stelle. Becker starb im Februar 1933 und erlebte die Zerstörung seiner Politik durch die Nationalsozialisten nicht mehr.

Die politische Kulturgeschichte der Zwischenkriegszeit verdankt Béatrice Bonniot eine erhellende Monographie über eine Schlüsselfigur der auf das ganze Reich ausstrahlenden Bildungspolitik Preußens. Der umfangreiche Nachlass Beckers hätte noch Vieles aus dem privaten Bereich zur Erklärung seines Handelns und zur Einordnung seiner Netzwerke zu bieten gehabt. Das wäre aber über die Kernfragestellung Bonniots herausgegangen: Sie stellt einen vernunftgeleiteten Geistesaristokraten der Weimarer Republik vor, über den es als Menschen auch nach diesem fünften, ihm und seinem Wirken gewidmeten Buch noch viel zu sagen gibt.

Das in französischer Sprache verfasste Buch liest sich durchweg gut. Ein biographischer Index erläutert nicht nur den Lesern links des Rheins die wichtigsten Protagonisten. Den Lesern rechts des Rheins hilft eine deutsche Zusammenfassung.

Friedrichsruh/Hamburg

Ulf Morgenstern

---

<sup>1</sup> Kluge Differenzierungen bieten die Beiträge des Bandes Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008.

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Gian Enrico Rusconi: Cavour und Bismarck. Zwei Staatsmänner im Spannungsfeld von Liberalismus und Cäsarismus.**

München: Oldenbourg Verlag, 2013, 176 S., ISBN: 978-3-486-71533-0

Parallelbiographien herausragender Persönlichkeiten haben ihren besonderen Reiz, verdeutlichen sie doch die Chancen und Grenzen menschlichen Wirkens nicht nur am Beispiel eines Lebensweges, sondern schärfen den Blick noch zusätzlich durch die komparistische Perspektive. Einzige Voraussetzung: Das Vorhandensein von tragfähigen Vergleichsparametern.

Bei Otto von Bismarck und Camillo Benso, Graf von Cavour, ist dies unzweifelhaft der Fall. Einerseits waren sie die führenden Politiker ihrer Epoche, andererseits fand während eben jener Epoche unter ihrer maßgeblichen Mitwirkung die Einigung ihrer kulturellen und historischen Heimatregionen zu Nationalstaaten statt; sieht man von der zwischen dem kleindeutschen Kaiserreich und dem Königreich Italien liegenden Habsburgermonarchie einmal ab. Dass Bismarck und Cavour diese vor je unterschiedlichen Problemhorizonten stattfindenden Einigungsprozesse als nach Max Webers Begrifflichkeiten „charismatische Führer“ lenkten, steht ebenfalls außer Frage. Aber gab es über diese primär äußerlichen, an der Gleichzeitigkeit der Geschehnisse orientierten Feststellungen noch andere Gemeinsamkeiten?

Der Turiner Politikwissenschaftler Gian Enrico Rusconi meint ja. Seine zuerst 2011 auf italienisch erschienene Studie ist in vier Abschnitte gegliedert. Der Leser wird in einem ersten Kapitel (7-20) an das Thema herangeführt und mit den historischen Kontexten sowie dem hauptsächlichen Wirken der beiden Politiker vertraut gemacht. Pointiert führt Rusconi zu den beiden Hauptgegenständen seines Vergleichs, dem Umgang mit den Parlamenten und der Bereitschaft zum Krieg als politischem Mittel, hin.

Im zweiten Kapitel (21-79) porträtiert Rusconi zunächst die italienische Einigung in einer auf die Rolle Cavours abhebenden Perspektive. Dieser verkörperte den „entscheidungsfreudigen Liberalismus“ (70), was eine recht machiavellistische Bemäntelung für Cavours Herbeiführen eines Krieges Österreichs gegen Sardinien nach einer Beistandszusicherung durch Frankreich ist. Cavour wird als ein kühler Taktiker beschrieben, der das Vorgehen Garibaldis kaltblütig in die eigene Politik zu integrieren wusste. Zwei Monate vor seinem überraschenden Tod war Cavour am Ziel seiner politischen Wünsche angekommen: Er war Ministerpräsident des neuen Königreichs Italien. Rusconi beschreibt Cavours Agieren in Abhängigkeit von Frankreich, Österreich und vor allem Preußen. Das Taktieren und Lavieren mit dem preußischen Gesandten Brassier ist lesenswert und zeigt außen- und innenpolitische Interdependenzen: Unterabschnitte behandeln die Wahrnehmung der italienischen Einigung am Ende der 1850er Jahre durch die preußische Regierung und die deutsche Publizistik.

In den Überschriften der beiden Hauptkapitel kommen die Namen Cavour und Bismarck nicht vor, was ex negativo dennoch den Stellenwert der beiden bei für die Einigungsprozesse ihrer Nationen verdeutlicht. Diese von Rusconi zurecht attestierte, kaum zu unterschätzende Wirkmächtigkeit der beiden Staatsmänner wird im zusammenfassenden letzten Kapitel bilanzierend dargestellt. Auch wenn die

Begriffe wie holprige Neologismen daherkommen, sind sie doch zeitgenössische Schöpfungen der Brüder Gerlach und kennzeichnen durch die vergleichende Perspektive sehr gut ihre Gegenstände: „Cavourismus“ und „Bismarckismus“ waren kurz nach der Mitte des 19. Jahrhunderts zwei erfolgreiche Wege der staatlichen Einigung, sowohl unter Einbeziehung des mehrheitlich liberalen Zeitgeistes und seiner Parteien sowie unter dessen utilitaristischer Geringschätzung. Cavour regierte als Ministerpräsident mit einer breiten parlamentarischen Mehrheit und konnte sich trotz aller Winkelzüge und Finessen seiner „Realpolitik“ auf den Liberalismus stützen. Bismarck kam hingegen als Ministerpräsident an die Macht, als die „Neue Ära“ seines Königs in ihrer schwersten Krise steckte und er machte keine Anstalten, sich dem liberalen Zeitgeist anzunähern. Sein Kalkül, in der Sache hart zu bleiben und die Liberalen dort zu packen, wo sie nicht zurückweichen konnten, bei der Unterstützung der nationalen Einigung, ging auf. Freilich bemerkt Rusconi völlig zu Recht, dass sich die Liberalen irrten, wenn sie aus taktischen Gründen zuerst auf eine Einigung unter Bismarck und die anschließende liberale Abänderung der Verfassung setzten (70, 109-117). Nicht erst die konservative Wende Bismarcks am Ende der 1870er verwies solche Hoffnungen ins Reich der Wünsche.

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels stehen weiterhin Bismarcks Werben um ein (anti-österreichisches) Bündnis mit Italien sowie die Kriegereignisse des Jahres 1866 – etwas zu ausführlich.

Das Buch Rusconis umfasst lesbare 176 Seiten, was die Souveränität des Autors unterstreicht und gemessen am Durchschnitt monographischer Neuerscheinungen eine Wohltat für den Leser ist. Für das Problemfeld der deutschen und italienischen Einigung vor dem Hintergrund massiver Erwartungshaltungen seitens des starken Liberalismus liefert Rusconis auf die prägenden Gestalten Bismarck und Cavour zugeschnittene Studie neue Blickwinkel. Grundstürzend sind seine Einsichten nicht, was sich in einer unaufgeregten Sprache widerspiegelt.

Friedrichsruh/Hamburg

Ulf Morgenstern

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Gerhart Baum: Meine Wut ist jung. Bilanz eines politischen Lebens.**

München: Kösel-Verlag 2012, 160 S., 40 Abb., ISBN: 978-23-3466-37057-3

Pünktlich zum 80. Geburtstag erscheint diese Publikation, die trotz des recht geringen Umfangs (etwa 160 Seiten) viel mehr ist als die politische Biografie eines Liberalen. Während seiner inzwischen 60jährigen Mitgliedschaft in der FDP war er nicht nur 22 Jahre Mitglied des Bundestages, sondern auch in innenpolitisch bewegten Zeiten von 1972 bis 1978 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium und von 1978 bis 1982 Bundesinnenminister. In seiner Partei war sein höchstes Amt die Position eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden von 1982 bis zu seinem Ausscheiden aus politischen Ämtern 1994. In der Öffentlichkeit blieb er vor allem durch seine Mitwirkung an fünf Verfassungsbeschwerden vor dem Bundesverfassungsgericht und durch öffentliche Auftritte (allein 2012 nahm er an drei Talkshows im Fernsehen teil) präsent.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, eine Biografie über lebende Personen zu verfassen:

Die verbreitetste Form ist die Autobiografie, bei der die Person, häufig unterstützt von Mitarbeitern und Ghostwritern, den Text selbst verfasst. Es gibt Lebensbeschreibungen, bei denen ein Autor in mehr oder weniger enger Zusammenarbeit mit der behandelten Persönlichkeit die Biografie verfasst (z.B. Alice Schwarzer: Marion Dönhoff, 1996). In Ausnahmefällen wird bewusst auf jeglichen Kontakt mit der behandelten Person verzichtet (z.B. Ulrich Herbst: Best, 1996). In letzter Zeit wird gern die Form des Interviews verwendet (z.B. Reinhard Mey: Was ich noch zu sagen hätte, 2005). In dieser Form ist auch die zu besprechende Publikation gehalten.

Die Gliederung ist nicht chronologisch: Nach einem Kapitel „Kindheit, Jugend und der Weg in die FDP“ geht er im nächsten Kapitel auf die Rolle und die Perspektiven der heutigen FDP ein. Hier kritisiert er vor allem die Vernachlässigung der in den Freiburger Thesen von 1973 formulierten Grundsätze. Große Hoffnung setzt er auf Christian Lindner, den als zukünftigen Parteichef ansieht (S. 39) und im Wahlkampf in NRW 2012 aktiv unterstützt hat.

Erst im hinteren Teil befindet sich das Kapitel „Bedrohung der Republik durch den Terror“. Baum räumt heute ein, dass die neuen staatlichen Abwehrmaßnahmen „oft überzogen waren“ (S. 105). Er widerspricht vehement den damaligen, teils bewusst geschürten Ängsten: „Die Demokratie war weder in Not noch im Krieg.“ (S. 107). Seine Zustimmung zu einer Reihe von „Sondergesetzen“ die in Teilen heute noch in Kraft sind, mit dem Satz „Ich war eingebunden in die Disziplin einer Regierung“ (S. 120) zu begründen, erscheint dem Rezensenten allerdings völlig unzureichend! Ein wichtiger Aspekt wird leider kaum thematisiert: Die Kontakte und Gespräche mit ehemaligen Terroristen. Es gab nicht nur das erwähnte und bekannte Streitgespräch mit Horst Mahler, sondern z.B. auch eine Veranstaltung mit Klaus Jünschke 1979 im Kölner Liberalen Zentrum. Ob und welche neuen Einsichten er dadurch gewonnen hat, bleibt unklar. Eine widersprüchliche Bewertung zeigt er bei dem damaligen BKA-Präsidenten Klaus Herold. Einerseits lobt er ihn (S. 111), andererseits kritisiert er scharf die von ihm entwickelte Methode der „Rasterfahndung“ und deren Auswirkungen (S. 86 und 119).

Ein wichtiges Ereignis in Baums politischer Biografie war der Koalitionswechsel der FDP 1982, auf den er an zwei Stellen des Buches eingeht. Obwohl sich dagegen ausgesprochen hatte und auch zu den 12 Abgeordneten seine Partei gehörte, die im Bundestag gegen die neue Regierung stimmten, hat er nicht, wie einige seiner politischen Freunde, die Partei verlassen. Die knapp erreichte Position eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden (als „Feigenbaum“ geschmäht) und den anschließend nur noch sehr begrenzten innerparteilichen Einfluss thematisiert er kaum, sieht sich jedoch in dieser Zeit als „Außenseiter“ (S. 43). Die historische Parallele zu Friedrich Middelhaue ist auffällig: Die neu geschaffene Position des 2. stellvertretenden Bundesvorsitzenden 1952 führte bei ihm ebenfalls, wenn auch in mehreren Etappen, in die parteipolitische Bedeutungslosigkeit.

Ein großer Teil des Textes bezieht sich auf außerparlamentarische Aktivitäten. Im Kapitel „Der Anwalt an der Seite der Opfer“ berichtet er über die etwa 1990 einsetzende Tätigkeit. Hier ist die Vertretung von Opfern von Verkehrskatastrophen wie Lockerbie und Ramstein zu nennen. Ein weiterer Schwerpunkt war seit 1992 die Arbeit für die Sicherung der Menschenrechte, vor allem im Rahmen der UN. Im Kapitel „Lebendige Kultur als gesellschaftliche Aufgabe“ behandelt er seine kulturpolitischen Aktivitäten schon seit seiner Zeit als Innenpolitiker. Er wendet sich vehement gegen die „schleichende Erosion kultureller Substanz“ (S. 132). Im zentral platzierten Kapitel „Die Grundrechte – hoch geschätzt und doch immer gefährdet“ setzt er sich intensiv und umfassend mit diesem, in seinen politischen Wirken zentralen Thema auseinander und resümiert: „Menschenrechte werden uns nicht einfach geschenkt. Sie müssen immer wieder erkämpft werden“ (S. 202).

Der mit 40 Fotografien ausgestattete Band enthält neben einem Lebenslauf auch weiterführende Literaturhinweise.

Entgegen dem Titel ist diese Publikation weder die Schrift eines „Wutbürgers“ noch dem Umkreis von „Empört Euch“ von S. Hessel zuzuordnen. Sie gibt einen guten Einblick in die Aktivitäten und vor allem auch in die politischen Grundüberzeugungen von Gerhart Baum. Die nicht chronologische Gliederung und manche Redundanzen wirken jedoch störend.

Radebeul

Lutz Sartor

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Alexander Goller: Elly Heuss-Knapp. Gründerin des Müttergenesungswerkes. Eine Biographie.**

Köln/Weimar/Berlin: Böhlau, 2012, 234 S., ISBN: 978-3412208806

Die vorliegende Biografie ist die erste wissenschaftlich fundierte Untersuchung über die Politikerin, Sozialreformerin und Autorin Elly Heuss-Knapp. Der Autor Alexander Goller entwirft ein Bild einer sehr sozialen Persönlichkeit, deren Leben hauptsächlich dadurch bestimmt wurde, anderen zu helfen, und in der Gründung des Müttergenesungswerkes kulminierte. Diese Interpretation erlaubt einen weiten Blick auf das soziale und gesellschaftliche Leben des ausgehenden Kaiserreichs und der Weimarer Republik, der Jahre der nationalsozialistischen Diktatur bis hin zum sozialen Engagement Heuss-Knapps im Nachkriegsdeutschland.

Methodisch unternimmt der Autor ein allumfassendes Experiment, indem er folgendes Programm in Verbindung mit der historischen Biographie-Forschung apostrophiert: „Psychologische Aspekte werden in Verbindung mit der Lebensgeschichte, der Mentalitätsgeschichte, der historischen Verhaltensforschung, der Geschichte der Geschlechterrollen, sowie der Geschichte des Körpers und der Sinneswahrnehmungen Eingang in die Untersuchung finden.“ (S. 12) Dieses Experiment gelingt nur bedingt, wird aber selbst durch den Autor schon in der Einleitung eingeschränkt, wenn er ein paar Seiten später formuliert: „Der Schwerpunkt der Analyse liegt auf dem sozialen Engagement von Elly Heuss-Knapp, welche die Gründung einer bundesweiten Institution in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts als Ziel-punkt ihres individuellen Lebens begreift.“ (S. 16)

Diese Konzentration auf das soziale Engagement der Protagonistin führt im vorliegenden Buch einerseits zur ausführlichen sozialgeschichtlichen Kontextualisierung, vernachlässigt aber andererseits die Person selbst: Das politische und berufliche Engagement Heuss-Knapps wird nur unzureichend erwähnt, ihr Todesdatum gar überhaupt nicht.

Doch zum Inhalt: Der erste Teil der Untersuchung (S. 23-93) widmet sich sehr ausführlich der Gesellschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert, der Schilderung der bürgerlichen Lebenswelt und der Rolle der Frau in der Familie. Ganz davon abgesehen, dass es für Elly Heuss-Knapp diese Mutter nicht gegeben hat, die Goller in seinem idealtypischen gesellschaftlichen Abriss beschreibt, kommt hier die Jugend der Protagonistin zugunsten allgemeiner Beschreibungen der bürgerlichen Welt zu kurz. Informationen dazu wären aber durchaus vorhanden gewesen, nicht zuletzt in Heuss-Knapps eigenem Buch „Blick vom Münsterturm“.

Das zweite Kapitel widmet sich der „Ausprägung der sozialen Persönlichkeitsstruktur“. (S. 94-152), die einen wichtigen Ausgangspunkt im Umfeld der Armenfürsorge in der elsäbischen Hauptstadt hatte, wie Goller ausführt. Er analysiert pointiert die Begegnungen der Straßburger Professorientochter in dieser Zeit, etwa mit der Frau Albert Schweitzers, Helene Bresslau, mit Walter Leoni und Friedrich Naumann, die alle für sich einen prägenden Einfluss auf sie, ihr soziales, politisches Engagement, ihre

persönliche Entwicklung, aber auch auf ihre Schriften hatten. Nach ihrer Lehrerinnenausbildung gründete sie die erste Fortbildungsschule für Mädchen in Straßburg. Ihre „aktive Tätigkeit in der kommunalen Sozialpolitik und der aufklärerische Impuls, Menschen für sozialpolitische Themen zu sensibilisieren“, (S. 94) bestimmten das Handeln der seit 1908 mit Theodor Heuss verheirateten Elly Heuss-Knapp bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Neben ihrem Engagement für das Rote Kreuz publizierte sie viel im Bereich der Armenunterstützung, etwa in der Zeitschrift „Soziale Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik“, der Zeitschrift „Evangelisch-Sozial“, oder in der von Naumann herausgegebenen „Hilfe“. Ab 1906 weitete Heuss-Knapp ihre Vortragstätigkeit in diesem Bereich aus, informierte sich durch die Bekanntschaft mit Alice Salomon über die bürgerliche Frauenbewegung. Während des Ersten Weltkrieges widmete sie sich sehr der Unterstützung von Frauen, sie gründete eine Nähstube, die es Frauen ermöglichte, Geld für die Familie zu verdienen.

Ihr politisches Engagement zur Zeit der Weimarer Republik für die DDP blieb bei den Wahlen erfolglos. So lehrte sie unter anderem an der Sozialen Frauen-Schule von Alice Salomon (S. 127) und am Pestalozzi-Fröbel Haus, widmete sich somit intensiv der Weiterentwicklung der Sozialarbeit.

Die Zeit des Nationalsozialismus bedeutete für Elly Heuss-Knapp und ihren Mann Theodor Heuss die weitest gehende Einschränkung ihrer politischen, publizistischen und sozialen Tätigkeit. Elly Heuss-Knapp ernährte die Familie größtenteils selbst als Werbefachfrau.

Nach Kriegsende (S. 153-174) wurde sie Mitglied des württembergisch-badischen Landtags, 1949 die erste First Lady Deutschlands, als Theodor Heuss in das Amt des Bundespräsidenten gewählt wurde. Ihr bis heute bekanntestes Vermächtnis ist die Gründung des Müttergenesungswerkes 1950. (S. 175-199)

Resümierend lässt sich feststellen, dass der Autor sich in der Kontextualisierung der „sozialen Prägung“ Heuss-Knapps etwas verloren hat. Die politische Betätigung Heuss-Knapps für die DDP der Weimarer Zeit und ihre Tätigkeit als Abgeordnete im württembergisch-badischen Landtag kommen viel zu kurz. Ihr politisches Engagement bei der Gründung des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung im Juni 1949 in Wiesbaden, dessen Vizepräsidentin sie wurde, wird gar nicht thematisiert. Auch ihre Tätigkeit als Werbefachfrau wird nur unzureichend dargestellt, immerhin gilt sie bis heute als Erfinderin des akustischen Logos in der Radiowerbung. Für welche Firmen sie arbeitete, wird ebenfalls nicht angesprochen.

Persönliche Beziehungen, denkbar wäre hier die zu Toni Stolper und anderen mit der Familie befreundeten Personen, werden nicht oder nur am Rande erwähnt.

Der Blick auf die soziale Prägung Heuss-Knapps, die laut Goller in der Gründung des Müttergenesungswerkes kulminierte, ist zwar eine lohnende Prämisse, aber für eine Biografie über Elly Heuss-Knapp vielleicht nicht der richtige Weg gewesen. Dass am Ende der Untersuchung der Tod der Protagonistin zwar in Bezug auf die Nachfolge des Vorsitzes im Müttergenesungswerk thematisiert, jedoch das Todesdatum nicht genannt wird, stimmt bei der Lektüre einer „Biografie“ doch nachdenklich. Somit bleibt eine umfassende wissenschaftliche Biografie Elly Heuss-Knapps weiterhin ein Desiderat.

Aachen

Ines Soldwisch

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

**Volker Bartsch: Ich und Andere. Hume – Rousseau – Kant.**

Berlin: Duncker & Humblot, 2012, 347 S., ISBN: 978-3-428-13842-5

Volker Bartsch ist ein gedankenreicher Autor. Zudem hat er ein schönes Talent zu aphoristischen Schlüsselsätzen. Auch aus diesem neuen Buch zum Verhältnis von „Ich“ und „die Anderen“ fallen sofort etliche solcher Formulierungen heraus, die einen unmittelbar ansprechen. So heißt es zum Beispiel: „Hinter den Anderen erscheint unser Ich immer schon als Schattenbild aller Möglichkeiten“. Es geht Bartsch um eine möglichst konkrete Reflexion des permanenten Wechselverhältnisses zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft, zwischen individueller und sozialer Sphäre. Die Bedeutung seiner Überlegungen für den liberalismusgeschichtlichen Kontext ergibt sich daraus, dass er ihnen im Rückgriff auf drei klassische philosophisch-anthropologische Konzeptionen eine Art gedankliches Fundament unterlegt. David Hume, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant stehen für wesentliche Schritte auf dem Weg zur Ausbildung des modernen westlichen Individualitätsgedankens, der Theorie moralischer Autonomie und lebenspraktischer Selbstverantwortung. Hinter sie darf seither keine Anthropologie und auch keine kritische Moralthorie mehr zurückfallen.

Nicht nur die Studie, sondern auch der Autor selbst verfügt über einen soliden Hintergrund. Sein Themenfeld umfasst über die Philosophie hinaus die Politik- und die Geschichtswissenschaft. 1982 hat er eine gediegene Untersuchung zu John Stuart Mill vorgelegt, die den liberalen Gesellschaftstheoretiker aus einem explizit sozialgeschichtlichen Blickwinkel heraus betrachtet (Liberalismus und arbeitende Klassen. Zur Gesellschaftstheorie John Stuart Mills, Opladen 1982).

In „Ich und Andere“ geht es nun allerdings nicht in erster Linie um den theoriegeschichtlichen Großkomplex „Hume – Rousseau – Kant“, obwohl der Untertitel dies nahelegen könnte. Das zentrale Interesse gilt den „anthropologischen Perspektiven der Moral“. Es handelt sich um ein systematisch angelegtes Projekt, bei dem die herangezogenen Theorien mehr die Rolle von Bezugspunkten spielen. Eine rekonstruktive Darstellung von Humes, Rousseaus und Kants Beiträgen beabsichtigt Bartsch nicht. Den Ertrag seiner Auseinandersetzungen fasst er in einem Schlusskapitel zusammen, ein lesenswertes Stück von wenigen Seiten Umfang.

Die Titelgebung „Ich und Andere“ weist auf das Grundproblem jeder modernen Anthropologie hin. Die Wahrnehmung meiner selbst und die Ausbildung eines Ichbewusstseins sind unlösbar verknüpft mit der Wahrnehmung des Anderen und der vielen Anderen, mit allem, was Nicht-Ich ist. Doch auch die Fremdwahrnehmung ist konstitutiv an die Voraussetzung des wahrnehmenden Subjektes gebunden. „Subjekt“ und „Objekt“ sind nicht zwei einander gegenüberstehende, dauerhaft fixierte Größen, sondern sie erscheinen mehr wie momentartige Fixierungen eines prozesshaften Geschehens, das die Kategorien des Ich, des Du und des Er hervorbringt. Diese Konstellation steht im Mittelpunkt der Erörterungen. Bartsch gibt einen Einblick in die Ausgangsbedingungen der Moderne, als im Kontext der aufklärungsphilosophischen Neubestimmungen auch das Menschenbild einer Neujustierung unterzogen wurde.

Was die drei Klassiker (unter anderem) eint, ist der permanente Blick auf die Realität menschlichen Verhaltens. Sie entwerfen ihre Zielvorstellungen für ein unbeschädigtes Leben in rechtsförmig geord-



neten, auf hohem Standard zivilisierten Gesellschaftsformen nicht in reiner Idealität. Nur so kann ja auch, so Bartsch, der appellative Gehalt ihrer Perspektivgemälde einen wirklich motivierenden Effekt entfalten.

Diese Grundgegebenheit der anthropologischen Gedankenführung von Hume, Rousseau und Kant betont Bartsch nicht erst in den ihnen eigens gewidmeten Kapiteln, sondern, wie eine Art Klammer, bereits in einer „Vorschau“. Ihr folgt eine Lokalisierung der ihnen zukommenden Stellung im Beziehungsverhältnis untereinander. Hier begründet er auch sein methodisches Vorgehen, das er mit den Begriffen „Paraphrasierung“ und „Interpretation“ umschreibt. Die „Kerngedanken des Gesamtwerkes der Autoren“ sollen herausgehoben und – unter Absehung von der „Rezeptionsgeschichte“ – im Kontext der eigenen Fragestellung „plausibel“ gemacht werden.

Das ist gewiss ein ziemlich anspruchsvolles Programm, wobei man sich schon fragt, weshalb es denn überhaupt nötig ist, diesen aufs „Gesamte“ der drei philosophischen Konzeptionen bezogenen Anspruch überhaupt zu erheben, wenn es doch explizit um die „anthropologischen Fragen“ zu tun ist. Um einen Eindruck von Humes, Rousseaus oder Kants Entwurf im Ganzen zu gewinnen, wird man doch wohl eher nicht Bartschs Buch konsultieren wollen.

Wie dem auch sei. Die einhundertundzehn Seiten umfassende, wie gesagt: interpretierende Darstellung des Gedankenganges von Humes „Traktat über die menschliche Natur“ jedenfalls ist nun sicher unmittelbar relevant für das Unternehmen als solches. Der Sache nach bietet Bartsch einen zwar in der Diktion etwas frei gehaltenen, für den Gegenstand selbst aber nachvollziehbaren Durchgang durch das philosophiegeschichtlich epochale Werk. Die an Hume herangetragene Doppelstruktur „Ich – Andere“ ist durchaus geeignet, Humes zum Teil ja nicht ganz leicht erschließbare Analyse zu beleuchten.

Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ bildet demgegenüber nicht den alleinigen Grundlagentext des zweiten Kapitels. Bartsch bezieht auch einige weitere Schriften ein, besonders die beiden „Diskurse“, den Erziehungsroman, den Essay über den Ursprung der Sprache sowie die „Träumereien eines einsamen Spaziergängers“. Im Falle Kants aber nimmt er sich sogar vor, den für seine Fragestellung – der Blick des Philosophen auf den „realen Menschen“ – relevanten Ausgriff gleich auf alle drei „Kritiken“ auszuweiten. Die ihnen geltenden Ausführungen sind denn auch über weite Strecken eine Collage aus Zitaten und eben „paraphrasierenden“ Wiedergaben.

Am Ende ist man ein wenig enttäuscht, wenn Bartsch nach seinem nicht ganz unaufwendigen Durchgang zu der Einsicht gelangt, „die real- und geistesgeschichtliche Bedingtheit dieser Denksysteme“ sei „nicht zu übersehen“. Jedoch konstatiert er auch, dass hier eine Begriffsarbeit geleistet wurde, die den „harten Kern menschlichen Verhaltens“ überhaupt erst in eine theoretisch zugängliche Form gebracht habe. Dies gelte auch dann, wenn es einer gegenwärtigen Anthropologie darum zu tun sein sollte, sich von jenen klassisch-bürgerlichen Prämissen zu lösen, die es verhindert haben, beispielsweise den Zuordnungscharakter von Erziehung auch in seiner inhumanen Dimension offenzulegen.

Am Ende gibt Bartsch, wie erwähnt, eine Darstellung seiner Sicht auf die „anthropologischen Perspektiven der Moral“. Von Hume vor allem ist er dabei inspiriert, wenn er für eine erneuerte verantwortungsethische Konzentration plädiert. Jede Handlungsintention müsse von der Einsicht geleitet sein, dass „ich selbst für die Anderen ein Anderer“ bin und bleibe. Aus einem rein auf sich bezogenen individualistischen Egoismus des denkenden Einzelnen müsse das Wissen um die nicht mögliche Rückkehrmachung unseres Tuns „für uns selbst“ herausführen. Dieser Umstand – „wir können es nicht mehr rückgängig machen“ – zwingt uns, „Gut und Böse zu bedenken“.

Berlin

Matthias Wolfes

## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2013

### Gabriel Riesser: Ausgewählte Werke. Teilband 1.

Herausgegeben von Uri R. Kaufmann und Jobst Paul (Deutsch-Jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft. Band 3,1), Wien u. a.: Böhlau Verlag, 2012, 280 S., ISBN: 978-3-412-20864-6

Der Band enthält zwei emanzipationspolitisch wichtige Texte des Juristen und Politikers Gabriel Riesser (1806–1863). Riesser ist einer der wenigen unvergessenen Demokraten der Revolutionszeit. Sowohl dem Frankfurter Vorparlament vom März 1848 als auch der Nationalversammlung gehörte er an. Als Mitglied des Linken Zentrums widmete er sich dort den Aufgaben des Verfassungs- und des Petitionsausschusses. Als am 3. April 1849 die „Kaiserdeputation“ dem preußischen König gegenübertrat, war er unter den Entsandten. Doch dieser Moment stellte für ihn den Wendepunkt dar: Als der Monarch die Annahme der Kaiserwürde verweigerte, legte er sein Mandat nieder. Dauerhaft zog er sich nicht zurück. Seit 1859 war er noch einmal für drei Jahre Mitglied der Hamburger Bürgerschaft. Im gleichen Jahr beteiligte er sich an der Gründung des Deutschen Nationalvereins.

Doch lässt sich Riesser nicht allein auf das Plädoyer für Demokratie und Liberalismus festlegen. Das politische Geschäft hatte für ihn nichts Absolutes. Wohl deshalb ist er nicht in den Scharmützeln des Presse- und Agitationskampfes untergegangen, wie manch anderer Demokrat seiner Zeit. Bei ihm bildete der politische Einsatz ein Aktionsfeld neben anderen im Streben nach Rechtsstaatlichkeit und bürgerschaftlicher Anerkennung. In dieser Hinsicht ist er bedeutsam als engagierter Vorkämpfer der jüdischen Emanzipation. Zu Recht bezeichnen die Herausgeber ihn als „Wortführer der deutschsprachigen Juden des 19. Jahrhunderts“.

Um Rechtsstaatlichkeit und Anerkennung sind auch die beiden Werke gruppiert, die jetzt in der Reihe „Deutsch-Jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts“ erschienen sind. Riesser ist damit in guter Gesellschaft: Das Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte möchte mit den Bänden „sozialethische Beiträge deutsch-jüdischer Autoren des 19. Jahrhunderts präsentieren“. Es geht um „die jüdische Vision einer integrativen Gesellschaft in den Debatten des 19. Jahrhunderts“.

Riesser entstammte einer religiösen Hamburger Familie. Judenfeindliche Angriffe begleiteten auch seine Entwicklung. Nichts anderes als Diskriminierung war es, als ihm zweimal die Habilitation verweigert wurde. In Reaktion darauf wurde er zum Bürgerrechtler. Als man ihn 1860 zum Mitglied des Hamburgischen Obergerichts ernannte, war er der erste deutsche Jurist jüdischen Glaubens in einem Richteramt.

Was heute aber eher nachwirkt ist seine literarische Leistung. Der Band bietet die Schrift „Ueber die Stellung der Bekenner des mosaischen Glaubens in Deutschland“ von 1831 und die „Jüdischen Briefe. Zur Abwehr und Verständigung“, verfasst 1838 bis 1841, erschienen 1840 und 1841. Beide Texte stehen für Riessers enge Einbindung in die Auseinandersetzungen um Moderne und Judentum. Dass man sich hier zunächst (es handelt sich ja um den ersten Teilband der „Ausgewählten Werke“) auf sie beschränkt, ist gewiss äußeren Gründen geschuldet. Für weitere einschlägige Texte (etwa die Denkschrift

„Einige Worte über Lessing's Denkmal an die Israeliten Deutschlands gerichtet“ von 1838, die vom Konzept der Reihe her unbedingt beachtenswert ist und zugleich eine Art Bindeglied zwischen den beiden abgedruckten Werken bildet), ist man einstweilen weiterhin an die „Freimann-Sammlung“ der Frankfurter Universitätsbibliothek verwiesen, wo sie und etliche andere Riesser-Schriften bequem zugänglich sind.

In „Ueber die Stellung“ schlug Riesser sogleich einen vehementen Ton an. Gefordert wird die uneingeschränkte bürgerliche Gleichstellung. Auf den Hintergrund und die zeitgeschichtlichen Bezüge (Juli-Revolution im Sommer 1830 in Paris) geht Jobst Paul in seiner Einleitung („Der Primat des Rechts“) ein. Gut ist auch Uri R. Kaufmanns Beitrag über „Die Judenfeindschaft von Vormärz-Literaten“, der die „Jüdischen Briefe“ einleitet. Eine fatale Sonderrolle haben dabei der „Literaturpapst“ Wolfgang Menzel, der Historiker August Gfrörer und der Publizist Hermann Marggraff gespielt. Da Riesser sich vielfach auf diese und weitere Autoren bezieht, ist es zu begrüßen, wenn die Herausgeber entsprechende Textpassagen anhangsweise begeben. Hier findet sich auch interessantes Material zur Riesser-Rezeption. Die umfangreiche Einführung erörtert sein Wirken im Zeitraum von 1830 bis 1848 („Die Rechtsgleichheit für die Juden als Grundlage einer gerechten Gesellschaft“).

Die Texte selbst werden weitgehend in der Originalorthographie gedruckt. Die editorischen Erläuterungen geben Textnachweise, literaturgeschichtliche Angaben und Biogramme. Den Band beschließt, neben einem umfangreichen Literaturverzeichnis, ein „Index“ mit Namens- und Stichwortverzeichnis. Indem er zentrale Begriffe – etwa „Emanzipation der Juden“, „Judenfeindschaft“ oder „Religion“ – in sich noch aufschlüsselt, wirkt er bei allem guten Willen doch elaboriert. Denn dieses Verfahren hat den Nachteil, dass Termini wie Aufklärung, Fortschritt, Menschenwürde, Recht und Werte sich alleamt (und nur) unter dem Lemma „Staat“ finden. – Im Ganzen aber handelt es sich um einen sehr brauchbaren Band, der auch ein wichtiger Beitrag zur Liberalismusforschung ist.

Berlin

Matthias Wolfes